

Eilfort, Michael; Meyer, Tim

Research Report

Abstieg? Deutschland verliert an Boden

Auf den Punkt, No. 04

Provided in Cooperation with:

Stiftung Marktwirtschaft / The Market Economy Foundation, Berlin

Suggested Citation: Eilfort, Michael; Meyer, Tim (2024) : Abstieg? Deutschland verliert an Boden, Auf den Punkt, No. 04, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/302561>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Abstieg?

Deutschland
verliert an Boden

Auf den Punkt Nr. 04

September 2024

Michael Eilfort / Tim Meyer



Standort Deutschland: Erodierende Wettbewerbsfähigkeit und akute Wachstumsschwäche

Angesichts einer schwachen konjunkturellen Entwicklung hat die Debatte darüber, wie Deutschland ökonomisch aufgestellt ist und welche wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind, zuletzt spürbar an Bedeutung gewonnen und den Fokus auch auf strukturelle Mängel gelenkt. Ein Blick auf die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zeichnet ein insgesamt ernüchterndes Bild. Deutschland befindet sich bereits seit Ausbruch der Corona-Pandemie in einer Phase chronischer Wachstumsschwäche. Das politische Narrativ, diese Schwäche sei temporär und der Corona-Pandemie sowie dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine geschuldet, hat sich als irreführend herausgestellt. Die wirtschaftliche Erholung fällt hierzulande weitaus schwächer aus als in anderen Industrienationen und den Ländern der Europäischen Union (EU), die mit denselben globalen Krisen und Herausforderungen konfrontiert waren und sind.

2023 belegte Deutschland innerhalb der Gruppe führender Industrienationen (G7) den letzten Platz und hatte ein unrühmliches Alleinstellungsmerkmal: Es rutschte als einziges Land in die Rezession. Auch in Europa rangiert Deutschland weit abgeschlagen und schrammt 2024 vielleicht nur knapp an einem zweiten Rezessionsjahr in Folge vorbei. Während Deutschland noch vor einem Jahrzehnt als Wachstumsmotor und wirtschaftlicher Stabilitätsanker der EU galt, ist die Bezeichnung „Kranker Mann Europas“ nun weitaus zutreffender und weckt, trotz geringerer Arbeitslosigkeit, Erinnerungen an die frühen

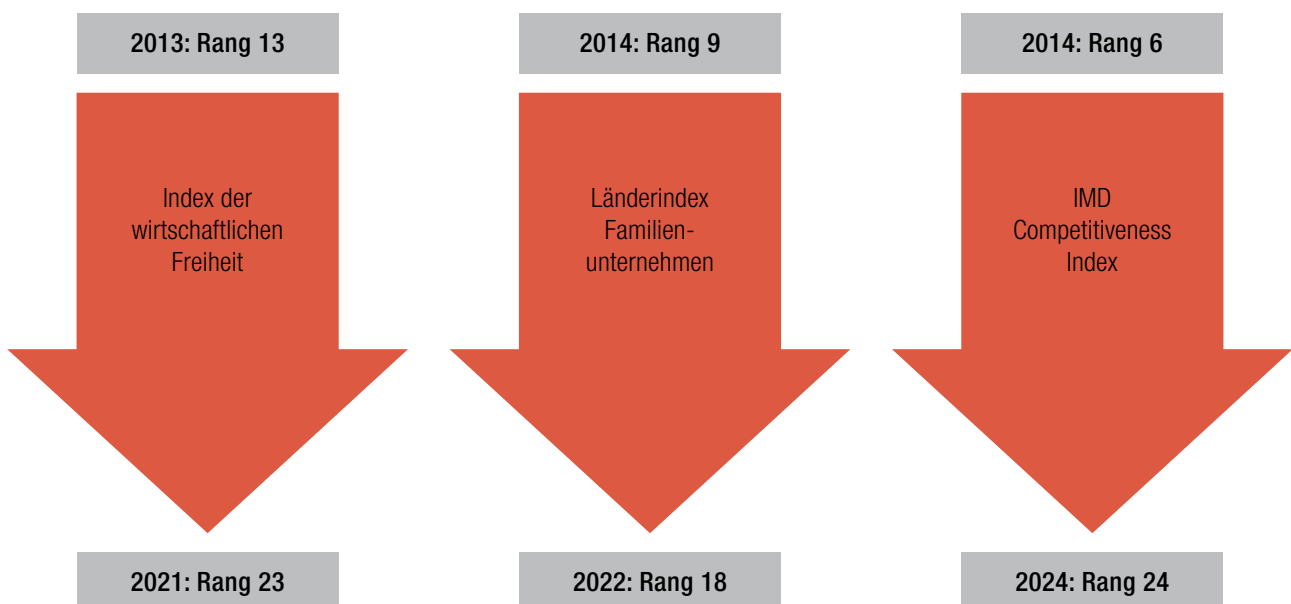
2000er Jahre, als es eine vergleichbare Gemengelage aus Reformstau und Wachstumsschwäche gab.

Die wirtschaftliche Schwäche spiegelt sich aber nicht nur in den aktuellen BIP-Zahlen wider, sondern manifestiert sich darüber hinaus in einschlägigen Rankings. Sie alle vermitteln eine unmissverständliche Botschaft: Der Wirtschaftsstandort Deutschland fällt im internationalen Vergleich kontinuierlich zurück und verliert dabei an Wettbewerbsfähigkeit und Strahlkraft. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass diese Schwäche immer mehr Bereiche und gesamtwirtschaftliche Indikatoren betrifft. So hat sich beispielsweise der Nettoabfluss von Direktinvestitionen zuletzt spürbar verstärkt. Ein klares Indiz dafür, dass der hiesige Wirtschaftsstandort aus unternehmerischer Sicht im internationalen Vergleich an Attraktivität eingebüßt hat. Ausländische Investoren werden abgeschreckt und heimische Unternehmen verlagern ihre Investitionen in andere Regionen und Länder, in denen sie attraktivere Rahmenbedingungen vorfinden. Infolgedessen bleiben hierzulande Investitionen aus, die wiederum Voraussetzung für den Wohlstand, das Wachstum und die Arbeitsplätze von morgen sind. Die Sorgen vor einer (schleichenden) Deindustrialisierung und einem langfristigen Wertschöpfungsverlust sind deshalb keine Schwarzmalerei, sondern ein erschreckend reales Szenario. Die wachsende Zahl an Unternehmensschließungen und Insolvenzen, von denen zunehmend die industrielle Basis der deutschen Volkswirtschaft betroffen ist, ist ein weiteres Warnsignal.

Deutschland stürzt ab

Signifikant verschlechterte Position im internationalen Standortwettbewerb

Quelle: Fraser Institute (2022), Stiftung Familienunternehmen (2023), International Institute for Management Development (2024).



Auch das exportorientierte Geschäftsmodell, das lange ein Garant für den wirtschaftlichen Erfolg des Landes war, gerät aufgrund der verschlechterten Wettbewerbsfähigkeit und eines aufflammenden Protektionismus unter Druck. Hinzu kommt eine seit geraumer Zeit abnehmende Dynamik bei Unternehmensgründungen und eine vergleichsweise schwache Innovationskraft in digitalen Technologiefeldern wie beispielsweise im Bereich Künstlicher Intelligenz (KI). Allesamt Entwicklungen, die insbesondere mit Blick auf ungenutzte und infolge des demografischen Wandels ohnehin abnehmende Wachstumspotentiale äußerst bedenklich sind. Schließlich erfordert der demografische Wandel nicht weniger, sondern mehr Innovationskraft und technologischen Fortschritt. Die angestrebte Dekarbonisierung und die damit einhergehenden Veränderungen lassen sich ebenfalls nur mit einer wettbewerbs- und leistungsfähigen Volkswirtschaft bewältigen, die sich auf einem stabilen Wachstumspfad befindet.

Die Ursachen für die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands sind vielschichtig und eine toxische Mischung – zum Teil persistenter – struktureller Faktoren, die schon lange vor Ausbruch der Corona-Pandemie oder des Krieges in der Ukraine existierten. Neben einer hohen Steuer- und Abgabenlast sowohl für Unternehmen als auch für Arbeitnehmer erweisen sich vor allem die überbordende Bürokratie sowie überdurchschnittliche Energiekosten und eine marode Infrastruktur, die in vielen Bereichen selbst alltäglichen Anforderungen nicht

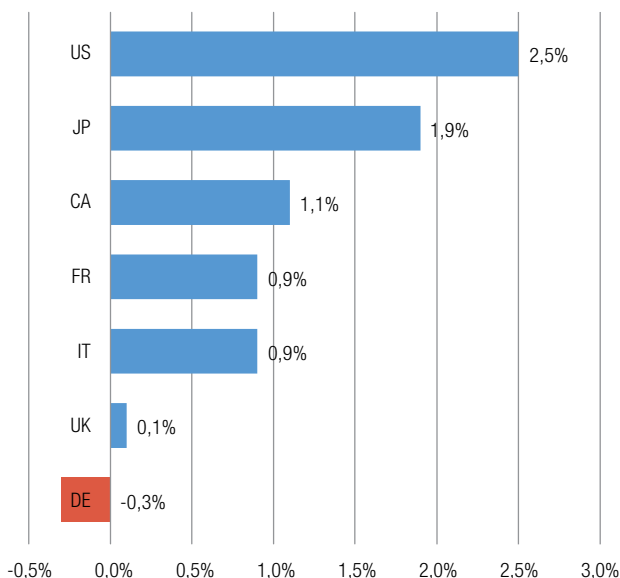
mehr gerecht wird, als schwerwiegende Standortnachteile. Diese Standortnachteile unterstreichen die Notwendigkeit einer anderen wirtschaftspolitischen Prioritätensetzung. Anstatt lediglich die Symptome mit Geld zu überdecken, braucht es mehr Reformbereitschaft und politischen Mut für grundlegende Veränderungen. Doch nach wie vor wird auf die falschen Rezepte gesetzt: Eine interventionistische und dirigistische Wirtschaftspolitik, die vor allem mit einer sich immer schneller drehenden Subventionsspirale für politisch vorselektierte Prestigeprojekte wie Chip- und Halbleiterfabriken einhergeht und dabei den Grundsatz der Technologieoffenheit in Frage stellt, ist ein teuer und wenig erfolgversprechender Weg. Vielmehr braucht es zur Überwindung der Wachstumsschwäche und der vorherrschenden Strukturprobleme eine weitsichtigere und stärker angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die das Ziel verfolgt, die Rahmenbedingungen für unternehmerische Aktivitäten insgesamt zu verbessern. Zu lange gab es in Deutschland keine in die Zukunft gerichteten Strukturreformen mehr, die Wachstumspotentiale entfesselt oder für mehr wirtschaftliche Freiheit gesorgt haben.

Die aktuelle Wachstumsschwäche und die erodierende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sollten Warnung und Aufruf zugleich sein, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und dringend benötigte Reformschritte einzuleiten. Ein „Weiter so“ käme hingegen einer politischen Realitätsverweigerung gleich.

Schlusslicht unter den führenden Wirtschaftsnationen

Wachstumsraten des BIP 2023
(in Prozent gegenüber dem Vorjahr)

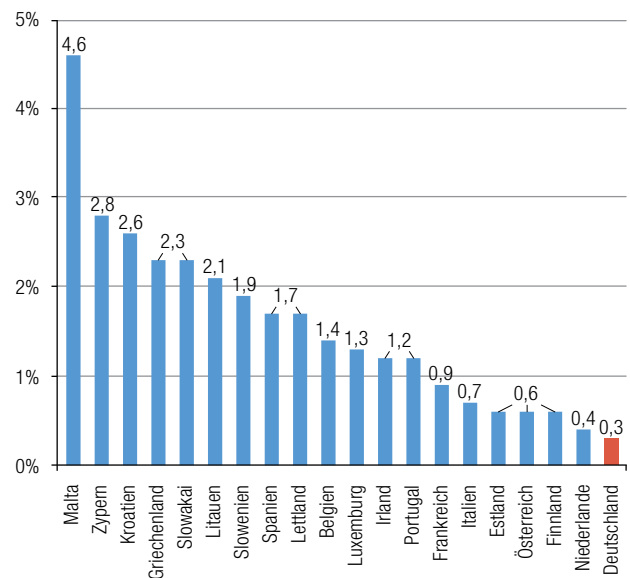
Quelle: IWF Economic Outlook, April 2024.



Auch in Europa trägt Deutschland die rote Laterne

Prognose der BIP-Wachstumsraten 2024
(in Prozent gegenüber dem Vorjahr)

Quelle: Europäische Kommission, Winter 2024 Economic Forecast.



SOZIALE marktwirtschaft: Auf dem Weg zum leistungslosen Grundeinkommen?

Der soziale Frieden ist ein hohes Gut und begründet ebenso wie mancher gesellschaftliche Wandel soziale Leistungen, die im Laufe der Jahre ausgebaut wurden. Die Steuerprogression als maßgeblicher Hebel von Umverteilung – die 10 Prozent Bestverdienenden tragen 55 Prozent des Einkommensteueraufkommens, überdies auch 20 Prozent des Mehrwertsteuerertrags – ist und bleibt bei allem Korrekturbedarf richtig.

Nicht richtig und auch nicht durchzuhalten ist indes der unaufhaltsame Anstieg des Anteils der Soziallasten an den öffentlichen Ausgaben, insbesondere am Bundeshaushalt. Erst kam die Wiedervereinigung und die politisch noch nachvollziehbare Auszahlung z.B. von Renten, denen zuvor keine Einzahlungen gegenüberstanden. Dann folgten in den konjunkturrellen guten 2010er Jahren strukturelle Festlegungen auf neue Lasten, die heute für eine Versteinerung der öffentlichen Haushalte sorgen. Regelmäßig lag der Anteil der Sozialausgaben am Bundeshaushalt über 50 Prozent und wird diese Schwelle bald wieder überschreiten, unter anderem wegen des seit 2020 über 100 Milliarden Euro umfassenden, weiter wachsenden Zuschusses in die Rentenversicherung und der verbreiteten Neigung, auch andere beitragsfinanzierte Sozialversicherungen zusätzlich aus Steuermitteln zu subventionieren, um Reformen vermeiden zu können. Ohne echte Not – von Wahlkampfbedürfnissen abgesehen – haben vor allem Große Koalitionen die Sozialausgaben absolut wie relativ ausgebaut und Fehlanreize verstärkt: Zu oft rechnet sich Nicht-Leistung eher als sich Leistung lohnt.

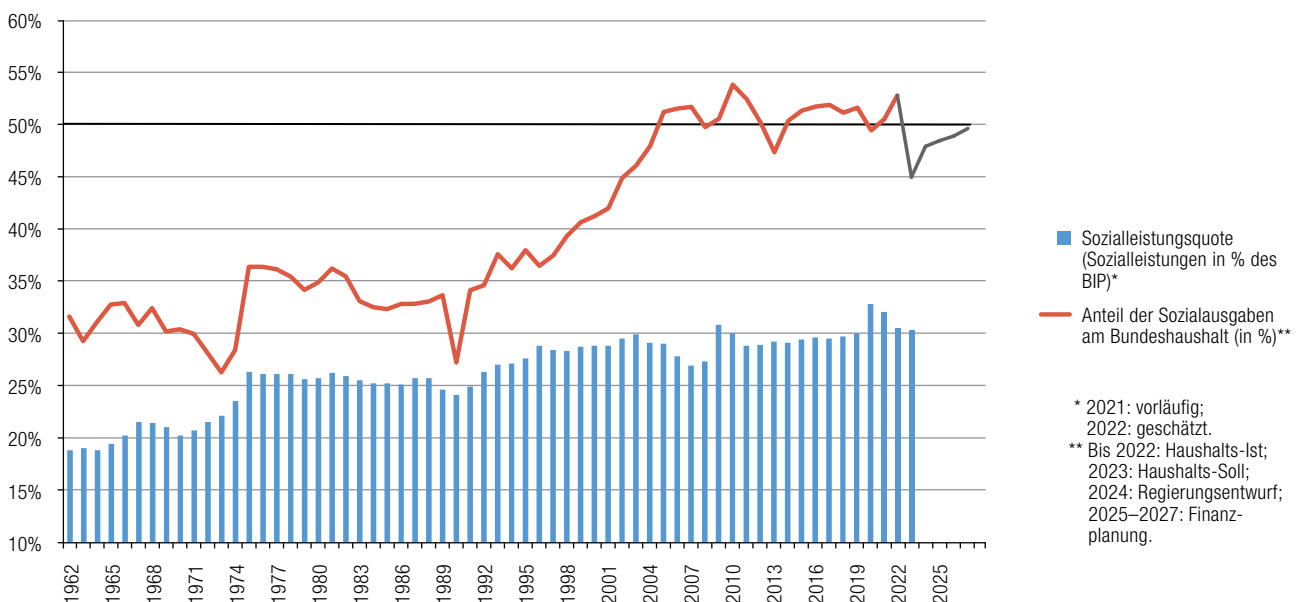
Mit dem „Bürgergeld“ hat die Ampel-Regierung diese Entwicklung auf eine gewisse Spitze getrieben: Fokussierung auf das „Fördern“ sowie dessen rein karitatives Verständnis als Geld verteilende Ruhigstellung. Danach hat die in der Sache verständliche Ausweitung des Bezugs auf ukrainische Kriegsflüchtlinge ebenso wenig geholfen wie maßlose Forderungen nach massiven Erhöhungen des „Bürgergelds“ trotz des mit Inflation begründeten großen Sprungs zum Jahresbeginn 2024 und der nicht nur dadurch drastisch größeren Haushaltsbelastung: Das „Bürgergeld“ sendet verheerende Signale und ermutigt eher zu Rückzug als zu Engagement.

Wo sind eigentlich Leistungsbereitschaft, Aufstiegs- und Fortschrittsglaube geblieben? Die Balance in der Sozialen Marktwirtschaft stimmt nicht mehr. Das Adjektiv ist ein Stück weit zum Hauptwort geworden, das Hauptwort wird zu oft klein geschrieben. Und ein Staat, der als Rahmengerber und Schiedsrichter stark sein sollte, vernachlässigt seine dienende Kernaufgabe, scheint sich als Selbstzweck zu sehen und als detaillierter Planer und Gesellschaftsingenieur zu verstehen. Was zur Marktwirtschaft gehört, z.B. Wettbewerb, Freiheit und Eigenverantwortung, wird zu oft reflexartig abgelehnt oder allenfalls als lästiges Beiwerk hingenommen. Gerade Wettbewerb, der erst zu neuen Ideen, Innovationen, Wachstum, Effizienz und Effektivität führt, vor allem immer neue Chancen eröffnet und etablierte Strukturen infrage stellt, wird weniger als Gelegenheit denn als Bedrohung wahrgenommen. Dabei

Je mehr Sozialleistungen fließen, desto mehr „Gerechtigkeitslücken“ werden beklagt – Das Budget des Gefälligkeitsstaats versteinert

Sozialleistungsquote (Sozialleistungen in Prozent des BIP) und Anteil der Sozialausgaben am Bundeshaushalt (in Prozent).

Quelle: BMAS (2023), Sozialbudget 2022; BMF (2023), Finanzbericht 2024.



könnte mehr Wettbewerb auch in den Sozialversicherungen, z.B. für die Gesundheit, Positives bewirken. Oder soll es dabei bleiben, dass das deutsche Gesundheitswesen das teuerste, aber nicht das beste System in der EU ist? Dass die Eigendynamik wachsender Sozialbeiträge kaum mehr beherrschbar scheint und 2025 die 44-Prozent-Schwelle bei den Lohnzusatzkosten überschritten wird, obwohl schon die langjährige Maximalmarke von 40 Prozent den Standort Deutschland besonders teuer machte?

Öffentliche Debatten werden zu häufig von einer lautstarken Sozial-Branche dominiert. Zu ihr zählen einige der größten privatrechtlichen Arbeitgeber des Landes (z.B. die Caritas mit fast 700.000 Mitarbeitern), deren Engagierte viel Gutes leisten, deren Apparate aber immer neue Betätigungsfelder und „Bedarfe“ ersinnen und sich mit den „Armutsberichten“ ein Perpetuum mobile geschaffen haben: Da mögen die Löhne breitflächig und über Jahre klettern – aufgrund des dadurch ebenfalls steigenden Medianeinkommens finden sich in jedem Fall weiter „Bedürftige“ (darunter Studierende), die über unter 60 Prozent dieses mittleren Einkommens verfügen und schnell pauschal als „arm“ deklariert werden. Die Klage über „soziale Kälte“ in unserem so schrecklichen Land greifen viele nur allzu gerne auf – und machen sich dabei ebenso unglücklich wie Regierungsparteien, die den von ihnen selbst ins Uferlose gesteigerten Ansprüchen nicht mehr hinterherkommen. Viele Wahlergebnisse der letzten Jahre waren ein Indiz dafür, dass

ängstlich-ergebene Klientelpolitik des „Weiter so“ statt klarem Regierungshandeln kaum zu Applaus dankbarer Bürger führt. Die Folge sind vielmehr neue Forderungen und das Beklagen weiterer „Gerechtigkeitslücken“.

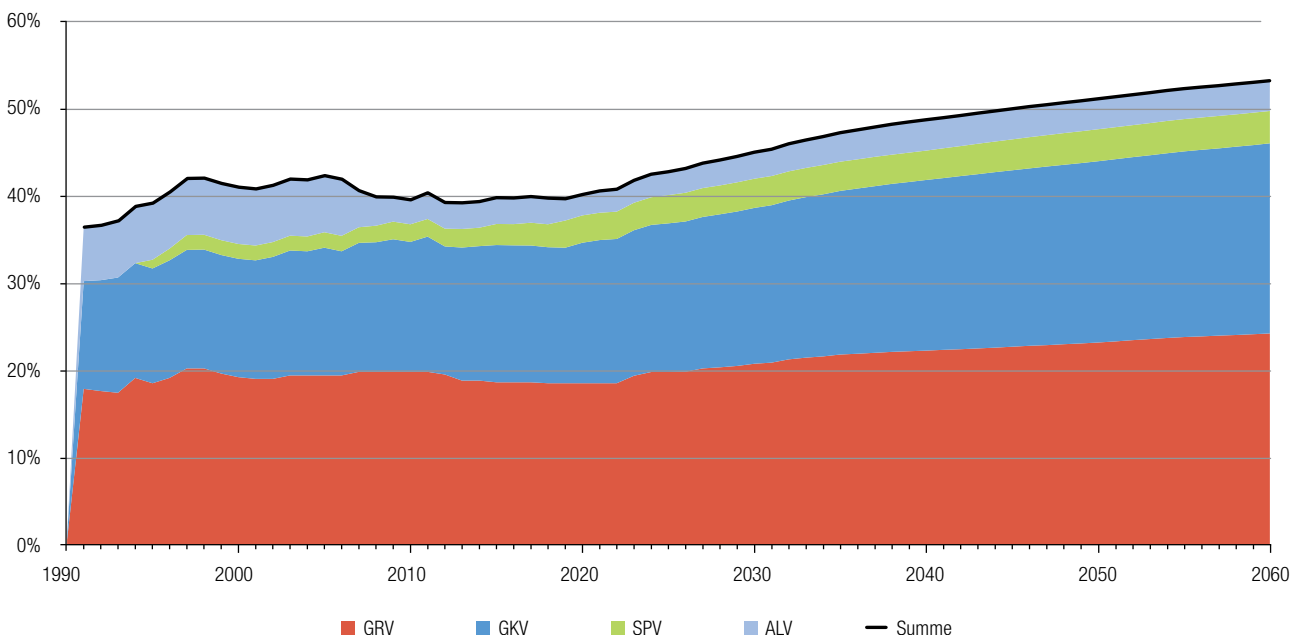
Es deutet sich an vielen Stellen, übrigens auch in der Glücksforschung, an, dass mehr umfassende Fürsorge statt Vorsorge, mehr Ruhigstellung statt Aktivierung, mehr flächendeckende und zentral geregelte staatliche Absicherung statt subsidiärer Solidarität, mehr „unbürokratische“ automatische Beglückung statt Nothilfe im geprüften Einzelfall die Menschen nicht zufriedener macht. Über lange Jahre wurden Wohlstand und Sozialstaat immer selbstverständlicher, die Wachstumsraten in der Wirtschaft kleiner und bei den Sozialausgaben größer. 2023 stiegen die Sozialhilfeausgaben aller Träger um 18 Prozent, seit Umstellung auf das Bürgergeld Anfang 2023 nahmen die Kosten um 17,5 Prozent zu. Das kann so nicht weitergehen und wird auch durch die Demografie auf den Prüfstand gestellt.

Wir werden uns wieder mehr um das Erwirtschaften kümmern müssen und brauchen ein Sozialstaatsmoratorium – vor mehr Leistungen muss erst mehr Leistung stehen. Menschen in Not müssen auf Hilfe zählen können, aber grundsätzlich erst einmal als zu Eigenverantwortung befähigte Bürger ernst genommen und nicht vornehmlich als Bedürftige gesehen werden. Es gibt kein Grundeinkommen für Staaten und andere sind hungriger, schneller, jünger, mutiger und zukunftsgerichtet.

Sozialversicherungsbeiträge (1991-2060): Kaum mehr beherrschbare Eigendynamik

in Prozent der beitragspflichtigen Bruttoentgelte

Quelle: Werding, Läpple (2022), FiFo-Berichte Nr. 31, Juni 2022.



Öffentliche Haushalte: Verdeckte Rekordschulden und ungedeckte Wechsel

Bei der Verschuldung neigt Deutschland zur Selbsttäuschung: Man hält sich insbesondere im europäischen Vergleich für solide. Tatsächlich belaufen sich die offiziellen Staatsschulden im Sommer 2024 auf 2,62 Billionen Euro und liegen so mit 63,6 Prozent des BIP nur knapp über der Maastricht-Vorgabe. Leider ist das bestenfalls nur die halbe Wahrheit, weil ein alles andere als ehrbarer Staat genau das nicht unternimmt, was er selbst z.B. bei Unternehmen prüft und unter Strafandrohung durchsetzt: die Bildung von Rückstellungen für zugesagte Leistungen. Verbindlichkeiten, die aus rechtssicher versprochenen Beamtenpensionen oder aus nach Gesetzeslage erfolgenden Leistungen der Sozialversicherungen resultieren – sogenannte implizite oder versteckte Staatsschulden – belaufen sich auf 12,8 Billionen Euro. Die ehrlich gerechnete Gesamtschuld von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen beträgt erdrückende 15,4 Billionen Euro. Im europäischen Schuldenranking verliert Deutschland deutlich, wenn man diese versteckten Schulden mitberücksichtigt.

Seit Erhebung dieser Daten durch die Stiftung Marktwirtschaft war der Anteil der versteckten Staatsschulden nie höher als 2022, 2023 und wohl auch 2024: Deutsche Staatsschulden sind wie ein Eisberg, den größten Teil sieht man nicht. Das ist politisch Handelnden, die immer nach frischem Geld rufen, keinesfalls Ausgaben überprüfen oder gar kürzen wollen, ganz recht. Dennoch waren in den letzten Jahren Fortschritte zu verzeichnen: Brüssel, der Bund und einige Länder (z.B. Hessen)

rechnen inzwischen ehrlicher, berücksichtigen dies aber nicht verbindlich in ihren Haushalten.

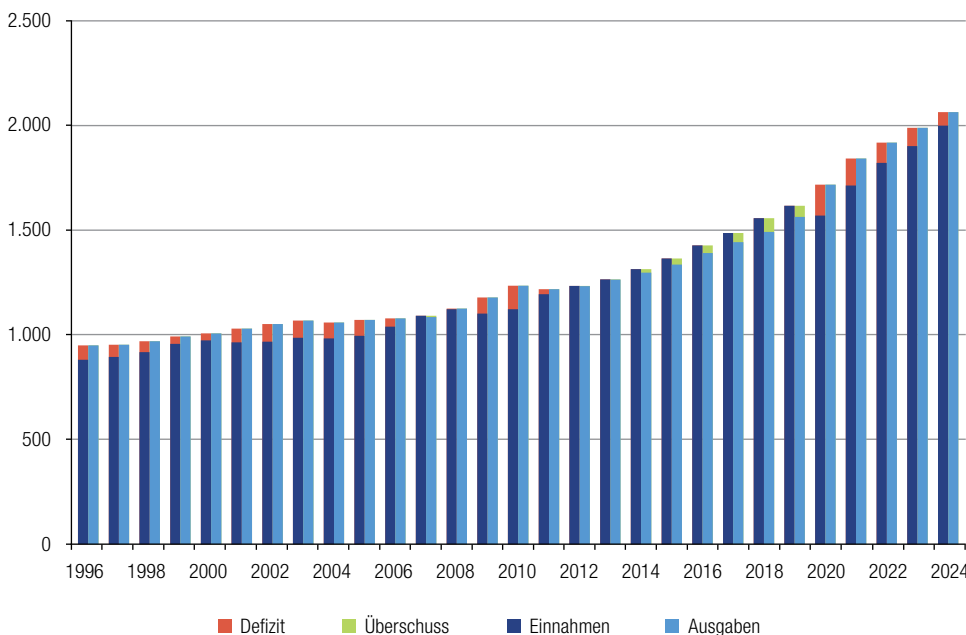
Nachdem auf Bundesebene in Deutschland von 1969 bis 2013 Jahr für Jahr das Trauerspiel „Immer neue Schulden“ gegeben wurde, kam ab 2014 für einige Zeit die „Schwarze Null“ auf die Bühne, ein erfrischendes Stück, aber auch eine Inszenierung mit Fragezeichen: Vor dem bzw. für das Publikum wurde Solidität gezeigt, hinter den Kulissen aber wuchsen in den dunklen Ecken staatlicher Haushaltsführung die Schattenhaushalte, Defizite und andere in die Zukunft verschobene Lasten, z.B. für Rentenpakete, sowie Leistungsausweitungen bei Gesundheit und Pflege. Spielräume, die in den 2010er Jahren durch Steuermehreinnahmen und Niedrigzinsen entstanden, trugen zur Schwarzen Null bei, wurden aber zum größeren Teil nicht für Investitionen in Infrastruktur, Bildung, oder Schuldentilgung, sondern für neue konsumtive und verpflichtende Ausgaben „genutzt“. Genau das spricht dagegen, einen Dammbruch bei der Schuldenbremse zuzulassen, auch wenn dessen Befürworter immer besonders einleuchtende Ausgaben und Mehrbedarfe anführen, wie für Straßen, Schienen, Bildung oder die Ukraine.

Schuldenaufnahme ist auf Dauer kein „Free Lunch“, selbst wenn Staaten ihre Schulden typischerweise nie vollständig zurückzahlen. Die Möglichkeit des Staates, sich bei Zinsen unterhalb der Wachstumsrate „kostenlos“ zu verschulden bzw. zu refinanzieren, ist vorerst Vergangenheit. In jedem Fall

Deutsche Staatsfinanzen: Je mehr sie haben, desto mehr haben sie zu wenig

in Mrd. Euro, öffentlicher Gesamthaushalt. Werte für 2024: Prognosen.

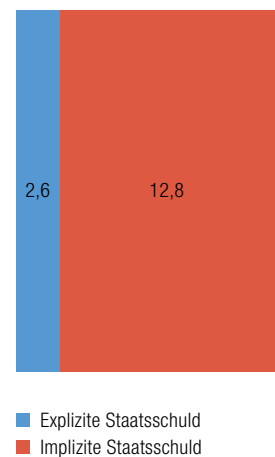
Quelle: SVR (2024).



Verhältnis expliziter zu impliziten Staatsschulden

in Billionen Euro

Quelle: Raffelhüschen et al. (2024), Ehrbarer Staat? Update 2024 der Generationenbilanz, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 177, Stiftung Marktwirtschaft.



schränkt derzeit die zusätzliche Verschuldung die fiskalischen Handlungsspielräume zukünftiger Generationen ein. Auch das Argument, nachfolgenden Generationen würden nicht nur die Schulden vererbt, sondern ebenso das äquivalente Vermögen in Form von Staatsanleihen, überzeugt – insbesondere in einer offenen Volkswirtschaft – nicht. Letztlich werden intransparente Verteilungskonflikte in die Zukunft verschoben, deren Austragung zu Wohlfahrtsverlusten führen dürfte. Generationengerechte Fiskalpolitik bedeutet, dass wir heute keine Leistungen in Anspruch nehmen, die wir selbst nicht zu bezahlen bereit sind. Entscheidend ist, wofür die erhöhte Finanzausstattung eingesetzt wird: Die klare Grenzziehung zwischen intergenerativ gewinnbringenden Investitionen und grenzenloser Rettungspolitik mit strukturkonservierenden Effekten und bequemer Konsumverlängerung ist schwierig, aber unabdingbar.

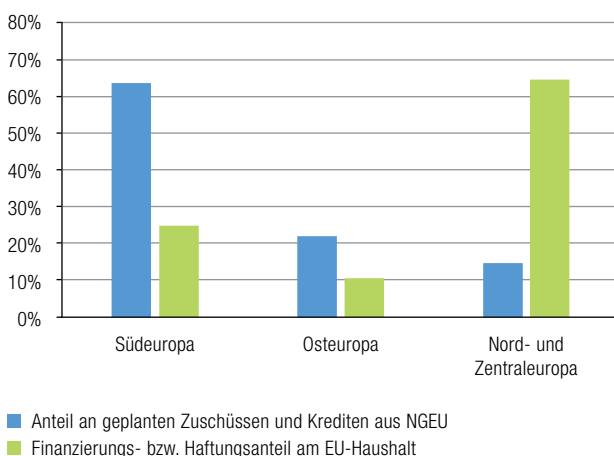
Weniger sich selbst betrogen als vielmehr die Bürger „hinter die Fichte geführt“ hat die EU-Kommission unter Beteiligung der Bundesregierung beim Transfertopf „Next Generation EU“ von über 750 Milliarden Euro Umfang, der als „Corona-Wiederaufbauprogramm“ politisch gegen den europäischen Norden durchgesetzt wurde. Für die Zuteilung der Kredite und zusätzlichen Zuschüsse vor allem an Italien und Spanien wurden aber zur Hälfte Strukturdaten der Jahre 2015 bis 2019 (vor Corona) zugrunde gelegt. Die Transferunion wurde durch die Hintertür eingerichtet, die systematische Missachtung der Maastricht-Regeln und anderer Zusagen bei Einrichtung der Währungs-

union geht weiter. Ebenso das Laissez-faire bei der mangelnden Umsetzung des sogenannten „Europäischen Semesters“, also von Reformempfehlungen der Europäischen Kommission an nationale Regierungen. Staaten und nationale Parlamente geben Geld aus, für das sie keine Verantwortung tragen, scheuen unbequeme Reformen und schieben nach neuen europäischen Töpfen. All dies sowie viele weitere europäische Fehlanreize und die wachsende Haftung für Gelder, deren Ausgabe und Sinn praktisch kaum oder ohne Konsequenzen überprüft wird, ist ein Mühlstein besonders um den Hals der noch stärksten Volkswirtschaft in der EU. Die Vorteile der europäischen Integration, des Binnenmarktes und auch des Euro haben einen zunehmenden Preis. Ohne Not, denn eine deutsche Misere hilft anderen Ländern nicht. Statt Wachstumsimpulsen, die Deutschland voranbringen könnten, kommen aus Europa jedoch vor allem Regulierung und Dirigismus. Für Europa ist bei alledem auch nichts gewonnen: Statt Konvergenz mehr Divergenz, statt Einheit in Vielfalt und Wettbewerb Nivellierung, statt Wachstum und Stärke Einheitlichkeit im Mittelmaß und Bedeutungsverlust im weltweiten Maßstab.

Solange das ökonomische Grundprinzip des Einklangs fiskalischer Haftung und Verantwortung nicht gewährleistet wird, solange europäische Regeln nicht verlässlich umgesetzt werden und nicht einmal die bestehenden EU-Schulden verbindlich gegenfinanziert sind, darf es keine zusätzliche Haftung für noch mehr europäische Schulden geben.

„Wiederaufbauprogramm“ Next Generation EU, Verteilung und implizite Haftung: Die Transferunion steht

Quelle: Europäische Kommission, eigene Berechnungen.

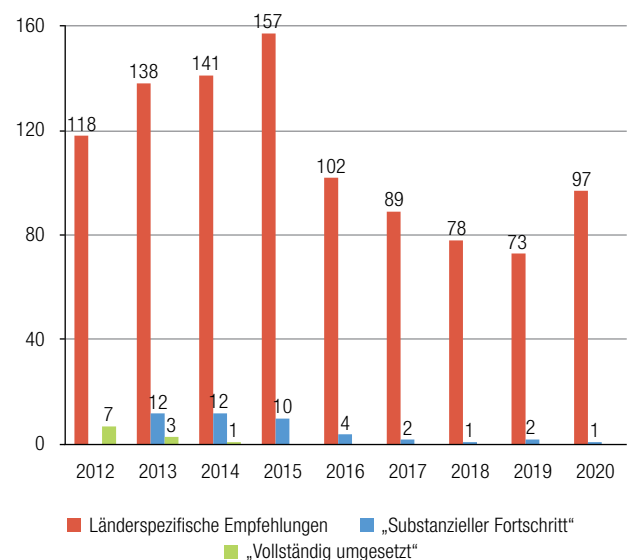


Südeuropa: Griechenland, Italien, Portugal, Spanien, Malta, Zypern;
Osteuropa: Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien;
Nord- und Zentraleuropa: Deutschland, Frankreich, Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Irland, Luxemburg, Niederlande, Schweden.

Mangelnde Umsetzung des Europäischen Semesters

Anzahl und Kategorisierung länderspezifischer Empfehlungen. Aufgrund veränderter Bewertungsprozesse infolge der Corona-Pandemie und einer verschlechterten Datenverfügbarkeit endet die Zeitreihe im Jahr 2020.

Quelle: Europäische Kommission, eigene Berechnungen.



Steuern: Stillstand in den Strukturen, Bewegung beim Abkassieren

Steuern vergegenwärtigen den Staat. Sie sollen gerechte Solidarbeiträge zum Gemeinwesen sein, Grundlagen für Aufgaben staatlicher Daseinsvorsorge und zu äußerer und innerer sowie im Bedarfsfall sozialer Sicherheit legen, die allen zugutekommen. Steuern tragen ausgleichend zu sozialem Frieden bei und ermöglichen Zukunftsgestaltung in Bereichen, die den Einzelnen überfordern. Das Steuersystem muss auch in einer komplexen Lebensrealität so einfach, transparent und nachvollziehbar wie möglich, gerecht und international wettbewerbsfähig sein. Es muss Anreize für Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft setzen sowie Vertrauen und Rechtssicherheit schaffen, die wiederum Grundlage für Investitionen und Konsum sind.

Die Steuerrealität 2024 ist davon Lichtjahre entfernt und ein Grund für die Stagnation im Land. Die Besteuerung ist hochgradig intransparent, setzt falsche Anreize und verzerrt wirtschaftliche Entscheidungen. Zu Lasten von Verständlichkeit und Beständigkeit hat der Gesetzgeber über lange Jahre durch ein Übermaß des „Steuerns mit Steuern“ und an Misstrauen für Ineffizienz, unverhältnismäßigen bürokratischen Aufwand und ein negatives Klima gesorgt, die zum Verlust an Wettbewerbsfähigkeit beigetragen haben. Die letzten richtungsweisenden Veränderungen wenigstens bei den Steuersätzen liegen bei der Einkommensteuer fast 25 Jahre, bei der Unternehmensbesteuerung über 15 Jahre zurück. In Deutschland ist die Steuerbelastung in mehrfacher Hinsicht zu hoch.

Das Steuer“system“ schafft eher Vorteile für einige als Gerechtigkeit für alle. Es sorgt zwar – noch – für ein hohes Aufkommen, belastet aber dabei in der Einkommensteuer Leistungsträger in der Mitte der Gesellschaft über Gebühr und schwächt bei der Unternehmensbesteuerung Wirtschaftende insbesondere im internationalen Vergleich. Es besteuert nicht nur Substanz, es verzehrt sie. Die fehlende soziale Symmetrie der Besteuerung, die erdrückende Belastung von Unternehmen durch Steuern und damit verbundene Bürokratie, Intransparenz und Fehlankreize auch für staatliche Ebenen untergraben die Akzeptanz der Besteuerung und damit Leistungsbereitschaft und Loyalität. Die Steuerverwaltung selbst wird überfordert. Sie kann weder mit ständig neuen gesetzlichen Anforderungen Schritt halten noch die Gleichmäßigkeit der Besteuerung garantieren und steht zudem personell vor schwierigen Jahren. Deutschland braucht bei den Steuern vor allem strukturelle Verbesserungen – und Signale des Zutrauens.

Umfassendere, vor einigen Jahren breit diskutierte Reformkonzepte wurden – trotz postulierter Umsetzung in kleineren Schritten und ungeachtet konkreter Berechnungen ihrer Machbarkeit z.B. im Fall der „Kommission Steuergesetzbuch“ der Stiftung Marktwirtschaft – als zu ambitioniert abgetan. Seit 2008 gilt „keine Steuerhöhung“ als Minimalkonsens zögerlicher Regierungen, wurde aber nur formal bei den Steuersätzen beachtet, wie der Anstieg der Steuerquote zeigt. Steuermehreinnahmen über viele Jahre hinweg waren weniger Folge wirt-

Vergleich der tariflichen Gewinnsteuersätze: Deutschland schreckt zunehmend ab

Besteuerung des Gewinns von Kapitalgesellschaften in Prozent (inkl. Körperschaftsteuern, Gewerbeertragsteuern und vergleichbare andere Steuern des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften).

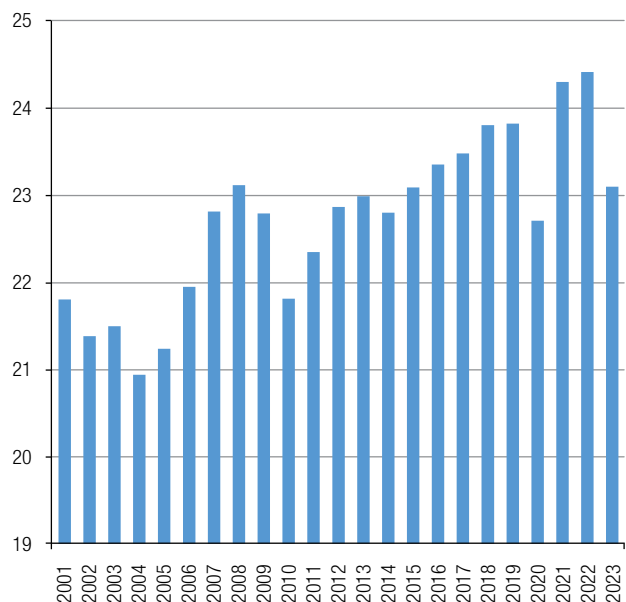
Quelle: OECD.



Entwicklung der Steuerquote: Nur formal „keine Steuererhöhungen“

in Prozent des BIP

Quelle: Bundesministerium der Finanzen (2024).



schaftlichen Wachstums als verdeckter Steuererhöhungen: Bei den Bürgern die lange nicht korrigierte „kalte Progression“, bei Unternehmen verschärfte Betriebsprüfungen und ungünstigere Interpretationen von bestehenden Regelungen. So wurden z.B. wissenschaftliche Studien von „Publikationen“ (7 Prozent Mehrwertsteuer) zu „Gutachtertätigkeit“ (19 Prozent für den Staat) fiskalisch lukrativ über Nacht umdeklariert, ganz ohne Gesetzesänderung.

Heute erreichen schon Facharbeiter den Spitzensteuersatz und in der Mittelschicht lohnt sich in einem Korridor von 3.000 bis 5.000 Euro Monatseinkommen brutto Mehrarbeit oder Aufstieg kaum, weil Steuerprogression und die sogenannte „Transferentzugsrate“ für Enttäuschung beim Netto sorgen. Wer mehr verdienen könnte, aber eine oder mehrere der über 170 durch Steuern und Abgaben finanzierten Sozialleistungen so gekürzt sieht, dass sich unter dem Strich kaum etwas ändert, handelt ökonomisch nicht ganz dumm, wenn er auf mehr Engagement verzichtet. Die Folge ist nicht nur ein Fachkräftefrust, sondern fehlende Arbeitsbereitschaft bei Ungelernten.

Auch die Bürokratielawine für die Unternehmen rollt weiter. Das Muster ist seit 15 Jahren unverändert: Regierungen reden vom Bürokratieabbau, pflegen aber hingebungsvoll trotz des Trends zu internationaler Harmonisierung nationale Sonderwege oder erweitern sie sogar, erfinden neue Anzeigepflichten und Detailregelungen. Dies macht das Wirtschaften und die Fokussierung

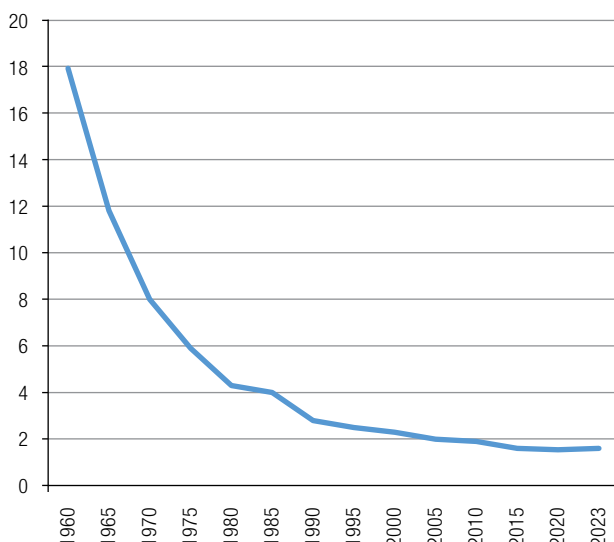
auf neue Ideen, Produkte und Erfolg schwerer. Nötig wäre, für mehr deutsche Wettbewerbsfähigkeit und bessere Rahmenbedingungen für alle Unternehmen zu sorgen. Stattdessen gibt es – wie zuletzt beim „Wachstumschancengesetz“ oder danach der „Wachstumsinitiative“, wie in früheren Jahren z. B. für die Hotels (7 Prozent Mehrwertsteuer auf die Übernachtung) – Bonbons für einige wenige, die der Staat für besonders transformativ, divers, nachhaltig, kompensationsbedürftig, „gut“ oder sonst etwas erachtet. In der Sozialen Marktwirtschaft, in der Eigentum und Verantwortung, Risiko und Haftung zusammengehören, erzielen gute Unternehmen Rendite, zahlen Steuern auf den Gewinn, reinvestieren, schaffen und sichern Arbeitsplätze. Damit lässt sich für die Sicherung unseres Wohlstands Nachhaltiges erreichen. Subventionsrenditen a la „Doppelwumms“ oder Steuervergünstigungen bei guter Lobbyarbeit, neuerdings erwartete moralische Renditen (Corporate Social Responsibility) oder „Sustainability bonds“ und womöglich zu allem Überfluss auch noch Umwandlungsrenditen für „gute“ Unternehmen „mit gebundenem Vermögen“ helfen Deutschland dagegen nicht.

Die Steuerpolitik steht für den Stillstand des Landes und ist ein zentraler Grund für ausbleibendes Wachstum: Für viele Unternehmen lohnen sich Produktion und Investitionen nicht mehr – und für viele Bürger rechnet sich Leistung nicht. Nur durch neue Ermutigung zu Investitionen und Anstrengungen kann der Staat weiter auf hohe Einnahmen bauen.

Der Spitzensteuersatz setzt immer früher ein

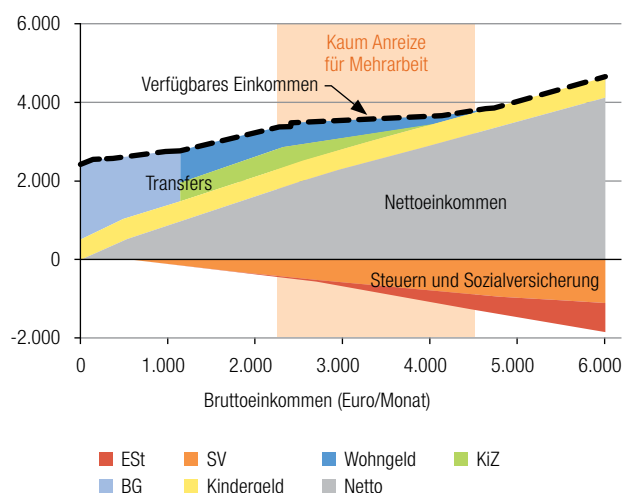
Entwicklung der Relation von Durchschnittseinkommen und Einsetzen des jeweiligen Spitzensteuersatzes im Zeitverlauf. Erläuterung: Im Jahr 1960 griff der Spitzensteuersatz beim 18-Fachen des Durchschnittseinkommens, im Jahr 2023 beim 1,6-Fachen.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft (2017), Bundesministerium der Finanzen (2023), eigene Berechnungen.



Fehlende Anreize für Mehrarbeit: Demotivierendes Verhältnis Brutto-Netto

Quelle: Blömer/Peichl (2023), ifo-Mikrosimulationsmodell.



Hinweis: Die Grafik zeigt den Verlauf des verfügbaren Einkommens (Verf. EK) bezogen auf das Bruttoeinkommen (Brutto) eines Haushalts (Ehepaar, 2 Kinder, Alleinverdiener) nach Verrechnung aller Komponenten: Lohn- und Einkommensteuer (ESt), Sozialversicherungsbeiträge (SV), Kindergeld, Kinderzuschlag (KiZ), Wohngeld, Bürgergeld sowie Nettoeinkommen nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen (Netto). Alle Angaben in Euro/Monat.

Demografie: Das Land sieht immer älter aus

Die gute Nachricht zuerst: Nie ging es in Deutschland einer Rentnergeneration insgesamt so gut wie 2024, noch nie durften so viele so gesund so alt werden. Die schlechte Botschaft ist seit über 50 Jahren bekannt: Mit dem „Pillenknick“, in dessen Folge die Geburtenraten kontinuierlich zurückgingen, konnte man wissen, dass spätestens mit dem Ruhestandsbeginn der Baby-Boomer die Rentenrechnung nicht mehr aufgehen würde. Kaum ein anderes Land weltweit altert in den 2020er Jahren dramatischer als Deutschland, nirgendwo stehen mehr Berufsaussteigern weniger Berufseinsteiger gegenüber.

Trotzdem gab es nur wenige vorausschauende Schritte, um die Rente zu stabilisieren und Generationengerechtigkeit anzustreben: Helmut Kohl führte 1996 den „demografischen Faktor“ ein, Gerhard Schröder erneuerte ihn nach einem Umweg 2001 und „riesterte“, mit Franz Müntefering kam 2007 die Rente mit 67. Sein Stichwort „Volksschule Sauerland“ stand für die Einsicht, dass immer weniger Jüngere im Umlagesystem kaum in der Lage sein würden, immer mehr Rentner zu tragen.

Diese Bemühungen sowie fiskalische, ökonomische und demografische Vernunft wurden nach 2008 jedoch schrittweise konterkariert. Seit 2006 wies die Stiftung Marktwirtschaft auf die drohende zunehmende Generationenungerechtigkeit und eine absehbare und inzwischen eingetretene Wählermehrheit der über 55-Jährigen hin. Die Wahlbeteiligung steigt mit dem Alter und die eifrigsten Wähler sind die 60-70-Jährigen. Dazu

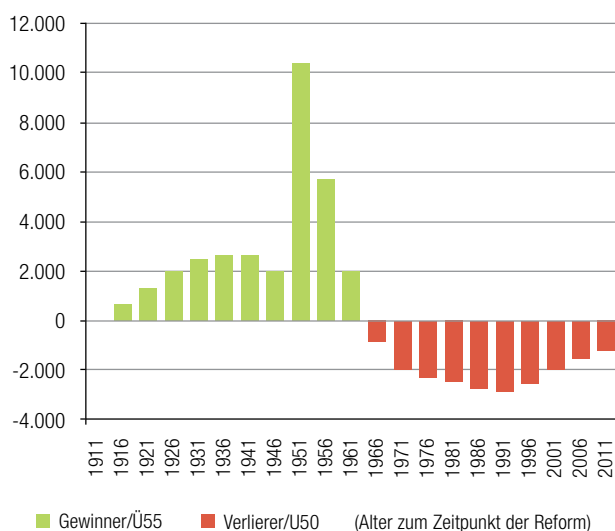
wächst der Anteil Älterer an der Bevölkerung stetig weiter. Beide Effekte führen dazu, dass Rentner und Baby-Boomer zusammen Wahlen entscheiden. Alle Regierungen von 2008 bis 2024 haben es dann leider vorgezogen, Wahl für Wahl auf Gaben an die Wählermehrheit zu setzen – sozusagen wahltaktisch professionell statt sachrational agiert. Es wirkt wie ein zynisches Kalkül: Zum einen mit der Passivität der Jüngeren, die vielleicht für das Klima, aber nicht für Generationengerechtigkeit auf die Straße gehen, weil das Thema Rente für sie (noch) zu weit weg ist. Wenn die Wut kommt, sind die aktuell Regierenden alle nicht mehr im Amt. Zum anderen sieht die Rentenversicherung 2024 wegen der steigenden Zuzahlungen aus dem Bundeshaushalt (2023 bereits 107 Milliarden Euro) und der „demografischen Pause“ noch halbwegs stabil aus – die Baby-Boomer sind auf dem Zenit ihrer Karrieren sowie Steuer- und Beitragszahlungen.

Alle „Renten-Pakete“ seit 2008 und besonders das geplante „Rentenpaket II“ der Ampel verbindet eines: Die Gewinner sind jeweils über 55, die Verlierer unter 45. Letztere zahlen für Haltetlinien, Mütterrenten, Grundrenten, Erwerbsminderungsrenten, außerplanmäßige Rentenerhöhungen, abgeschaffte Nachhaltigkeit – und haben ihrerseits kaum eine Aussicht, die entsprechenden Leistungen selbst oder auch nur eine sichere Rente zu erhalten. Es gibt eine neue Spaltung der Gesellschaft: Das Problem ist weniger Ost-West, kaum Mann-Frau und nur begrenzt Arm-Reich. Alt und Jung trennen in Deutschland Welten, und die Scheidelinie liegt beim Alter von 55 Jahren. Bei allen,

Rentenpaket 2014: Intergenerative Verteilungswirkungen mit Berücksichtigung der zukünftigen Beitragssatzentwicklung (in Euro)

Nach Jahrgang

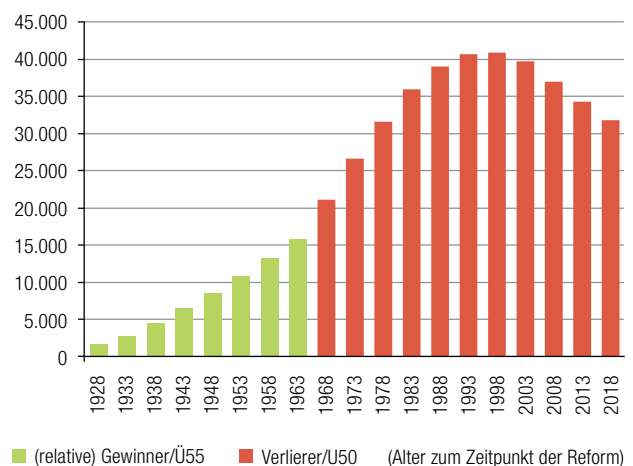
Quelle: Moog, S. und B. Raffelhüschen (2014), Alte Gewinner und junge Verlierer: Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz – Update 2014, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 127, Stiftung Marktwirtschaft.



Rentenreform 2018: Zusatzbelastung durch Finanzierung der damals „doppelten Haltetlinie“ (Stabilität bei Rentenauszahlungs- und Beitragsniveau) über Steuererhöhungen im weiteren Lebensverlauf nach Alter (in Euro)

Nach Jahrgang

Quelle: Berechnungen des Forschungszentrum Generationenverträge, Universität Freiburg. Eilfort, M. (2018), Rente und Demographie, Auf den Punkt Nr. 1, Stiftung Marktwirtschaft.



die älter sind, ist der weit überwiegende Teil der Wohlstandsgewinne seit 1991 angekommen, während z.B. ein Eigenheim für junge Mittelschicht-Familien in Städten nur noch mit 7 Richtigen aus 49 zu bewerkstelligen ist. Alle Jüngeren zahlen also drauf – denn vom Erben, über das oft gesprochen wird, profitieren nur einige. Kann das eine geeignete Motivation sein, unsere Zukunft mitzugestalten?

Die Demografie wirkt sich allerdings nicht nur dramatisch auf die Rente, die Kranken- und Pflegeversicherung aus, zumal wenig weitsichtige Regierungen die Leistungen, die auch bei den Letztgenannten eher Älteren zugutekommen, immer weiter ausbauen. Mit der Alterung des Landes verändern sich auch Einstellungen von Mehrheiten: Menschen unter 55 sind offener für Veränderung, Dynamik, neue Chancen, wollen eher gestalten. Die meisten Menschen über 55, alle Leser natürlich ausgenommen, neigen eher zu Besitzstandswahrung, Status quo und streben nach Sicherheit. Deutschland ist eine strukturkonservative Gesellschaft geworden, die Innovationen, Reformen und Veränderungen generell, neuen Flughäfen, Bahnhöfen, Schienen, Straßen und Trassen speziell erst einmal skeptisch gegenübersteht. Wenn wir wachsen und weiter gut leben wollen, werden wir diese Problematik angehen müssen.

Deutschland steht vor größeren strukturellen Herausforderungen als in ähnlichen Krisenlagen jeweils zu Beginn der 1980er und 2000er Jahre. Der demografische Wandel verschärft die

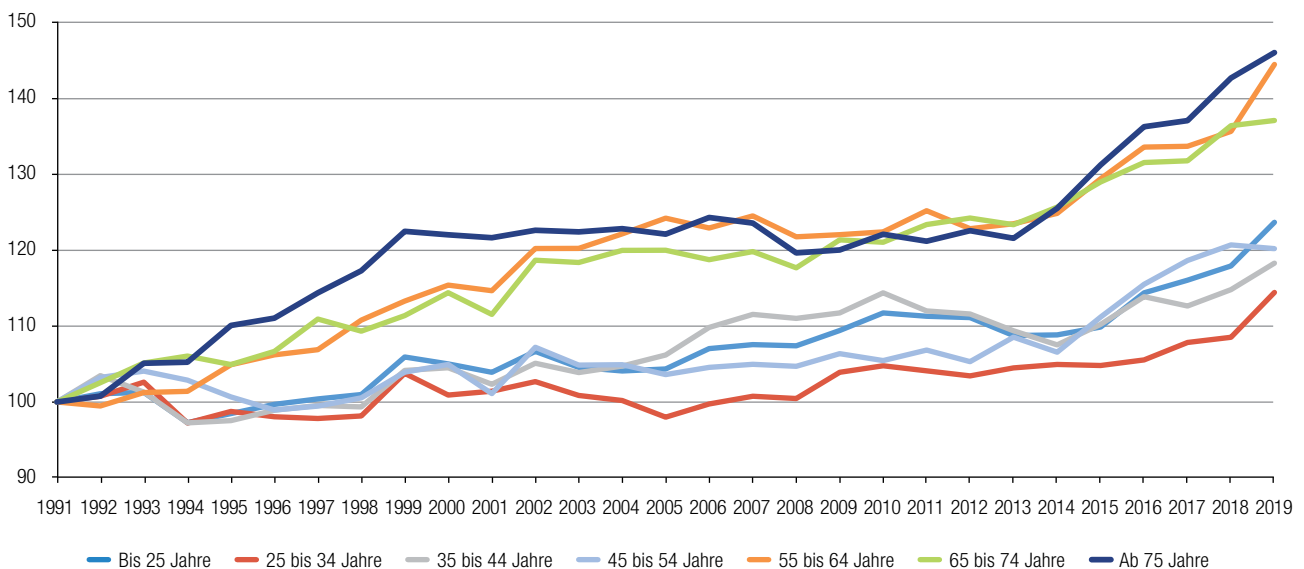
Lage: Die Zahl der 30-44-Jährigen, die für besonders viele neue Impulse sorgen, maßgeblicher Treiber neuer Entwicklungen in Wissenschaft und Wirtschaft sowie von Unternehmensgründungen sind, nimmt zwischen 2002 und 2040 von 20 auf gut 12 Millionen ab. Geradezu grotesk ist, dass Deutschland sich angesichts dessen und bei seinem Bedarf an innovativen Produkten, Prozessen und Dienstleistungen eine miserable Bildungspolitik leistet, in der es vielleicht weniger an Geld als an Freiraum und den richtigen Einstellungen mangelt. Dass es laut EU-Statistik in Deutschland Ende 2023 626.000 sogenannter „Neets“ (15- bis 24-Jährige „not in education, employment or training“) gab, ist ein Armutszeugnis.

Ein alterndes Land im „Weiter so“-Modus, das sich in konjunkturell guten Zeiten oder fiskalischem Glück wie der Niedrigzinsphase auf ständig neue strukturelle Mehrausgaben im konsumtiven Bereich festlegt und in mehrfacher Hinsicht Investitionen in die Zukunft vernachlässigt, hat keine gute Perspektive. Umso wichtiger ist es, Ältere anders als in den letzten 15 Jahren anzusprechen: Nicht mit noch mehr „Freibier“ bzw. neuen Rentenleistungen zulasten der Zukunft, sondern als Eltern und Großeltern, denen das Wohlergehen und die Chancen ihrer Kinder und Enkel kaum egal sein dürften. Die bisher „Wahlfaulsten“, nämlich die 18- bis 30-Jährigen, zu mehr Engagement zu ermutigen, gelang bei den Bundestagswahlen 2017 und 2021 bereits – die Lücke zwischen den Wahlbeteiligungsraten unterschiedlicher Altersgruppen ist deutlich geringer geworden.

Realeinkommensentwicklung nach Altersgruppen: Hauptgewinner sind die über 55-Jährigen

Durchschnittliche bedarfsgewichtete Nettoeinkommen innerhalb einer Altersgruppe inflationsbereinigt in Preisen des Jahres 2017, Index 1991=100. Das bedarfsgewichtete Nettoeinkommen (Äquivalenzeinkommen) berücksichtigt Einspareffekte durch gemeinsames Wirtschaften und rechnet alle Einkommen auf den Bedarf eines Alleinstehenden um; Aufgrund eines deutlichen Stichprobenrückgangs und einer infolge der Corona-Pandemie erheblich verschlechterten Aussagekraft der verfügbaren Daten endet die Zeitreihe im Jahr 2019.

Quelle: Judith Niehues und Susanna Kochskämper (2017), Entwicklung der Lebensverhältnisse im Alter, IW-Trends, Heft 1/2017, aktualisiert bis 2019.



Migration: Aderlass, Fehlanreize und mangelnde Steuerung

Alle Deutschen unter 45 Jahren – Verlierer nicht nur der Rentenpolitik seit 2008 – haben neben viel Freizeit oder Verbeamtung nur eine weitere Option, der absehbar noch mehr Steuerzuschüsse und höhere Beiträge verschlingenden Deutschen Rentenversicherung zu entkommen: Durch Abwanderung in das Ausland. Leider tun dies mehr, als einem überalterten Land mit akutem Fachkräftemangel lieb sein kann. Seit 2005 ist der Wanderungssaldo deutscher Staatsbürger negativ, gehen also mehr dauerhaft weg als wieder zurückkommen. Seit 2014 fällt auf: Die meisten Abwandernden sind nicht frierende Rentner auf dem Weg in den europäischen Süden, sondern eher hochqualifizierte 20-40-Jährige, die mit den Füßen abstimmen. Über nun zehn Jahre hinweg haben so Tag für Tag mehr als hundert aus dieser Gruppe Deutschland verlassen.

Potentiell gute Steuer- und Beitragszahler gehen, eine Emigration, die lange nicht einmal zur Kenntnis genommen wurde. Stattdessen wird fast nur über Immigration gesprochen, also über diejenigen, die zu uns kommen. Sie könnten uns helfen, tun es aber bislang zu wenig. Dies hängt vor allem mit bestehenden Fehlanreizen zusammen. Es war und ist z.B. mehr als richtig, Kriegsflüchtlingen jetzt aus der Ukraine und früher aus Syrien Schutz und Sicherheit zu gewähren. Es war auch nachvollziehbar, ukrainische Bürger in den Kreis der Bezugsberechtigten des neuen Bürgergeldes aufzunehmen. Wie bei manchen deutschen Bürgergeld-Empfängern wirken hier allerdings dieselben falschen Signale. Erkennbar daran, dass in Deutschland ein

deutlich höherer Anteil ukrainischer Flüchtlinge nicht arbeitet als in anderen EU-Ländern.

Von humanitären Gesten kann man keine fiskalische Rendite erwarten, aber fördernd und fordernd mehr tun, um die fiskalische Bilanz zu verbessern. Sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“, die als Asylbewerber meist abgelehnt werden, aber geduldet oder mangels Rechtsdurchsetzung trotzdem im Land bleiben, tragen ebenfalls nicht zur Verbesserung der volkswirtschaftlichen Lage bei, trotz einer möglichen Verjüngungsdividende qua ihrer Altersstruktur. Aufgrund der gegenwärtigen Bedingungen, unzureichender Steuerung und übergroßer bürokratischer Hemmnisse bei der Fachkräfteanwerbung stellt Zuwanderung nach Deutschland eine fiskalische Belastung dar. Häufig handelt es sich um eine Einwanderung eher in die Sozialsysteme als in den Arbeitsmarkt. Selbst unter der idealen Prämisse, dass Sprachkenntnisse schnell erworben werden und eine Integration in den Arbeitsmarkt gelingt, leisten Migranten qualifikationsbedingt bislang meist weniger Steuern und Sozialbeiträge als ihre deutschen Altersgenossen, weisen aber ein gleich hohes Risiko auf, z.B. Gesundheitsleistungen in Anspruch zu nehmen. Zuwanderung ist notwendig, wenn wir trotz der Demografie wirtschaftlich wachsen und Wohlstand erhalten wollen. Aber sie muss kontrolliert, gesteuert und auch nach den Bedürfnissen des Aufnahmelandes ausgerichtet werden. Viele andere Länder, die Einwanderung verzeichnen, organisieren sie klüger und erreichen dadurch bessere Ergebnisse.

Migration deutscher Staatsbürger, 2014–2022 (kumuliert), nach Altersjahren: Abstimmung Jüngerer mit den Füßen

Zuzüge, Fortzüge, Saldo nach Altersjahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2024).



(Faktor) Arbeit: Steigende Kosten, stagnierendes Volumen, fehlende Kräfte

Die Löhne in Deutschland liegen seit langem über dem Niveau anderer vergleichbarer Staaten, wie auch die Lohnzusatzkosten für die Arbeitgeber. Dass für gute Arbeit gut gezahlt wird und Sozialversicherungen auf hohem Niveau einspringen können, ist ein positiver Standortfaktor – solange die Produktivität und Leistung hoch ist und sich Arbeit nicht nur für den Arbeitnehmer, sondern auch den Arbeitgeber rechnet. Die Debatte um die Vier-Tage-Woche oder eine Reduktion der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich geht allerdings in die falsche Richtung. Beide Ansätze würden zusätzlichen Kostendruck erzeugen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft weiter verschlechtern. Zusätzlich sind negative Auswirkungen auf die Produktivität und eine Verstärkung wenig hilfreicher Einstellungen im Bereich der Leistungsbereitschaft zu befürchten: Sollen die Radiosender montags bald etwa „Thursday on my mind“ spielen und das dann verlängerte Wochenende noch mehr zum vermeintlich seligmachenden Lebensschwerpunkt werden?

Zwar wurden in den vergangenen zehn Jahren fünf Millionen neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigtenverhältnisse geschaffen. Trotz dieses Zuwachses ist aber das Arbeitsvolumen kaum angestiegen. Diese Entwicklung ist neben zunehmenden Krankmeldungen auf die Trends zu mehr Teilzeitarbeit und möglichst frühem Renteneintritt zurückzuführen. Auch wenn dies im Einzelfall verständlich sein mag, und im Hinblick auf den überwiegend teilzeitbedingten Anstieg der Frauen-Beschäftigungsquote auch positiv zu bewerten ist, sind die nega-

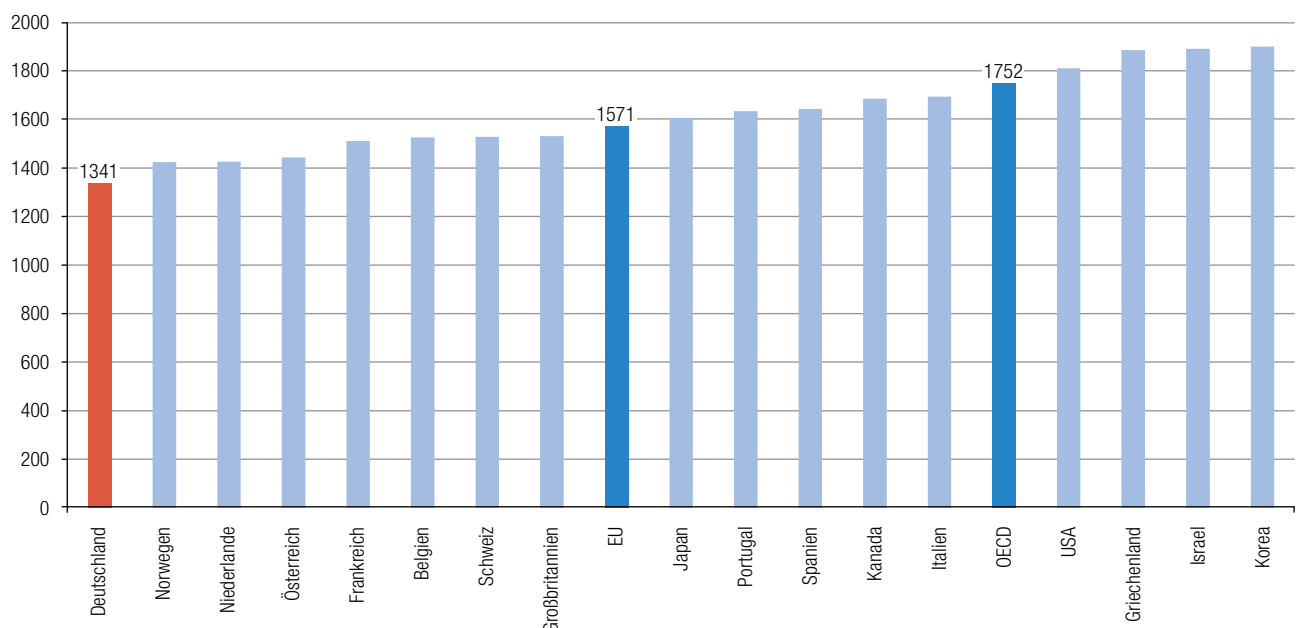
tiven Folgen nicht zu unterschätzen. Wenn zu viele kürzer treten, kommt manches zu kurz – auch das gewohnte Lebensniveau: Gebremste Leistung bei ungebremsten Sozialleistungen, das ist im Aggregat auf Dauer nicht möglich.

Die noch wohlhabendsten Deutschen aller Zeiten sind schon lange nicht mehr die Fleißigsten. Vielmehr wird in keinem OECD-Land pro Kopf durchschnittlich weniger pro Jahr gearbeitet: Laut aktueller Daten liegt die Jahresarbeitszeit hierzulande bereits weit über 200 Stunden unter dem europäischen und mehr als 400 Stunden unter dem Durchschnitt aller OECD-Staaten. Jenseits statistischer Unwägbarkeiten: Solche Effizienzmaschinen können deutsche Arbeitskräfte gar nicht sein, um den Standort trotzdem wettbewerbsfähig zu halten. Hinzu kommt, dass für Arbeitgeber aufgrund von Zusatzkosten zwei Halbtagskräfte teurer sind als eine Vollzeitkraft, selbst bei gleichem Arbeitsergebnis. Statt die Anreize für Arbeit wieder zu verbessern, baut der Staat immer noch die Verlockungen zur Nicht-Arbeit aus. Ebenso bleiben politisierte Mindestlöhne nicht folgenlos, abgesehen davon, dass sie sich in vielen Bereichen schlicht nicht rechnen und Arbeitsplätze dann eben abwandern. Mancher mag Erdbeeren, Spargel und Wein aus Deutschland für entbehrlich halten. Ignoriert wird dabei jedoch, welche Folge alles zusammen für die Kosten der Sozialsysteme, den Fachkräftemangel und das Potentialwachstum hat. Übrigens: Arbeit kann Freude machen, Integration und Teilhabe, Bestätigung und Erfüllung sein!

Geringe Arbeitszeiten in Deutschland: Anstrengungsloser Wohlstand?

Durchschnittliche jährliche Arbeitszeit pro Beschäftigtem (in Stunden) im Jahr 2022.

Quelle: OECD.



Energieversorgung: Teuer, unwirtschaftlich, unsicher

Energiepolitik sowie Umwelt- oder Klimaschutz nehmen schon lange einen großen Stellenwert ein. Dass gut gemeinter Ehrgeiz bei Zielvorgaben nicht automatisch zu guten Ergebnissen führt, mitunter sogar schaden kann und mit erheblichen Nebenwirkungen verbunden ist, zeigen manche Ergebnisse und vor allem die Kosten der deutschen Energiewende. Während einerseits ein übereilter und aus Perspektive der Versorgungssicherheit zudem irrationaler Parallelausstieg aus den langjährigen Energieträgern Atom und Kohle bereits abgeschlossen bzw. in vollem Gange ist, fehlt es im Gegenzug am Hochfahren erneuerbarer sowie grundlastfähiger Energieträger.

Zuweilen wird schon zusätzlich ein Rückbau der Infrastruktur zur Gasversorgung thematisiert, wohingegen der zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit unerlässliche Ausbau von Strom- und Energienetzen nur im Schneckentempo vorangeht und nicht zuletzt von bürokratischen Erfordernissen ausgebremst wird. Gleichzeitig ist ein immer kleinteiligeres, detailverliebtes und durch planwirtschaftliche Züge gekennzeichnetes Mikromanagement zu beobachten, das sich insbesondere in einem kontinuierlichen Aufwuchs von Umweltregulierungen sowie kostspieligen Subventionen staatlich präferierter „Schlüsseltechnologien“ widerspiegelt. Letztere bringen, wie das Beispiel der Solarenergie vor Augen führt, für Volkswirtschaft und Arbeitsplätze mitunter nur kurzfristig positive Effekte mit sich. Und die Unsicherheit bleibt, was passiert, wenn an einem trüben, windstillen Dezembertag Millionen Menschen ihre re-

gierungsamtlich beworbenen E-Autos aufladen und überall die staatlich geförderten Wärmepumpen laufen.

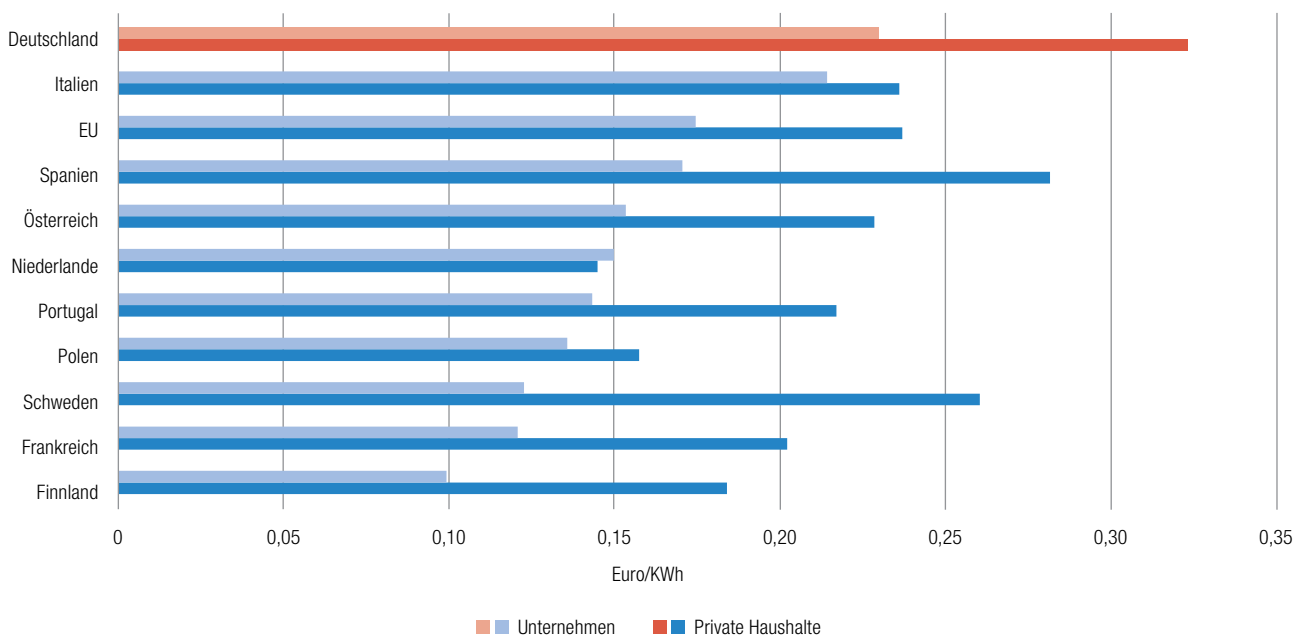
Dass deutsche Irrwege nicht nur den gesellschaftlichen Rückhalt für nötige Anpassungen im Zuge des Klimawandels, sondern auch den wirtschaftlichen Erfolg des Landes gefährden, zeigen die mit der Energiewende verbundenen Kosten. Die privaten Haushalte und die Unternehmen werden mit den im Vergleich höchsten Strompreisen belastet. Insbesondere für die industrielle Basis der deutschen Volkswirtschaft sind die Strompreise ein massiver Standortnachteil, zumal billiges Gas aus Russland, lange Grundlage wirtschaftlicher Erfolge, wegfällt. Im Ausland löst die hiesige Energiepolitik – laut „Wall Street Journal“ 2019, „world’s dumbest energy policy“ – Kopfschütteln aus. Dass Haushalte und Unternehmen im Jahr 2023 von einem wesentlichen Kostentreiber der Strompreise, der EEG-Umlage, entlastet wurden, fällt, weil diese Kosten nun über den Bundeshaushalt und damit von allen Steuerzahlern finanziert werden müssen, unter die Kategorie „linke Tasche, rechte Tasche“.

Anstatt nationaler Alleingänge in Form willkürlich festgelegter CO₂-Preise oder einer Vielzahl CO₂-bezogener Steuern und Subventionen, braucht es mehr Kosten-Nutzen-Abwägungen und vor allem einen technologieoffenen Ansatz. Dessen Kern sollte aus einem effizienten CO₂-Emissionshandelssystem bestehen, wie es auf europäischer Ebene bereits partiell vorzufinden ist, und möglichst viele Sektoren einschließen.

Überdurchschnittliche Strompreise für Haushalte und Unternehmen

Strompreise inkl. Steuern und Abgaben, Werte für das 2. Halbjahr 2021

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.



Infrastruktur: Stillstand und Tatenlosigkeit

Eine gute Infrastruktur ist die Voraussetzung für neue Chancen und Wachstum, für Entwicklung, Produktion und Handel. In Deutschland ist diese nicht mehr gegeben. Wie desaströs der Zustand von Schiene und Straße ist, wie sehr sich die Stromnetze am Limit befinden und es an digitalen Verbindungen mangelt, wird täglich offensichtlicher. Unser Wohlstand wuchs in Zeiten, in denen Politiker gerne Bänder durchschnitten und Bürger dies begrüßt haben. Heute verhindern Spitzenpolitiker zuweilen Stromtrassen und Bahnstrecken.

Nicht jedes Projekt muss ein Gewinn sein (Regionalflughäfen) oder zu ambitioniert ausfallen (Stuttgart 21) – dass sich der Bau z.B. von Flughäfen und Bahnhöfen in Deutschland indes über Jahrzehnte hinzieht, Genehmigungen selbst für einfache Windräder und Mobilfunkantennen Jahre benötigen, befördert den Niedergang. Die LNG-Terminals, z.B. in Wilhelmshaven, dienen kaum als Fortschrittsbeleg, da für ihren Bau in der Gas-Krise prozessuale Hindernisse nur einmalig außer Kraft gesetzt, aber nicht abgeschafft wurden. Ein Beispiel für den Preis des Elends: Die Unterbrechung der A45 (Schäden an der Rahmede-Talbrücke 2011 festgestellt, Sperrung 2021, dann brauchte die Sprengung zwei Jahre, Fertigstellung 2026/2027?) ohne rechtzeitige Neuplanung bedeutet in Form von alltäglichem Stau-chaos einen Verlust für das BIP von 300 Millionen Euro im Jahr. Die Malaise des Landes spiegelt sich in seiner Infrastruktur. Leider fehlt es bei vielen, oft älteren Bürgern („not in my backyard“) an Verständnis dafür, dass Wohlstand nicht gesetzt ist und in

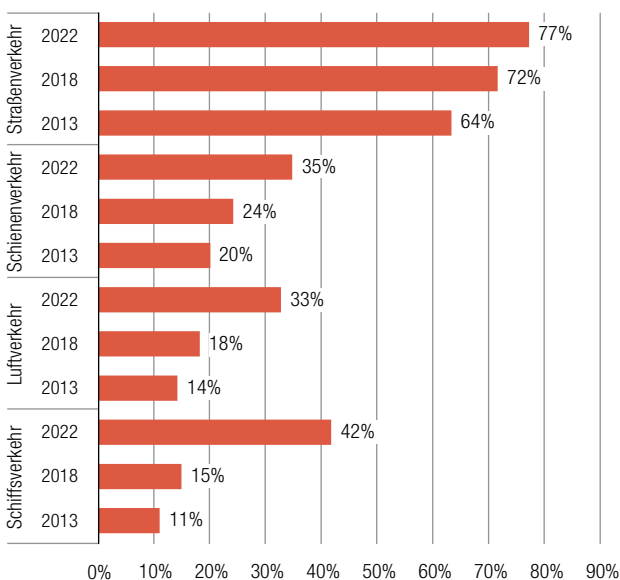
einem Industrieland produziert, gefahren und gebaut werden muss. Und es mangelt am politischen Willen, dafür einzutreten. Am fehlenden Geld dagegen liegt es nur vordergründig: Zwar sind Infrastrukturinvestitionen über Jahrzehnte vernachlässigt worden und müssen real, nicht nur nominal hochgefahren werden. Aber Chancen dafür wurden und werden systematisch für andere Präferenzen „genutzt“: Während eine Rentenerhöhung sofort gefällt, die Kosten aber erst später sichtbar werden, kommen bei der Infrastruktur die Kosten sofort und der Nutzen erst später. Das erklärt manche politische Tages-Priorität.

Der Handlungsbedarf scheint inzwischen erkannt. Das Beispiel der 2005 eingeführten LKW-Maut zeigt indes, wie unehrlich es ist, den Schwarzen Peter der Schuldenbremse zuzuschieben: Bis 2011 landeten die Einnahmen von jährlich 5 Milliarden Euro eher zweckfremd im Bundeshaushalt, dann wurde festgelegt, dass die Mauteinnahmen für Investitionen in Autobahnen und Bundesstraßen verwendet werden sollten. Das mochte so sein, ein signifikanter Anstieg war nicht zu beobachten – weil plötzlich die allgemeinen Haushaltsmittel für den Verkehr zurückgingen. 2019 erhöhte man dann die LKW-Maut drastisch – und will mit ihr jetzt auch notwendige Investitionen der Bahn stemmen. Der Ruf nach der PKW-Maut kommt wieder. Er klingt wegen des Zusammenhangs von Nutzung und Finanzierung durchaus einleuchtend – aber nur solange mehr Mittel auch bei der Infrastruktur ankommen. Allein 40.000 Brücken im Bundesfernstraßennetz warten.

Infrastruktur und Nutzung: Investitionen halten nicht mit

Prozentualer Anteil befragter Unternehmen, die durch Infrastrukturmängel beeinträchtigt sind

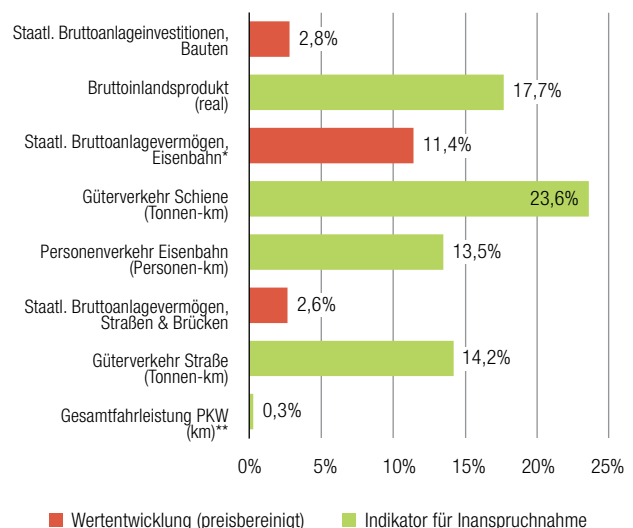
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft (2022).



Desolater Zustand: Infrastrukturmängel führen zu erheblichen Beeinträchtigungen

Veränderung zwischen 2010 und 2022 (in Prozent)

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Bundesministerium für Digitales und Verkehr (2023) und Destatis (2024).



* Verkehrswege und Umschlagplätze. ** Corona-Effekt: Veränderung bis 2019: 7,6%.

Digitalisierung und Wohnungsbau: Permanente Zielverfehlungen

Im Bereich der Digitalwirtschaft ist Deutschland im internationalen Vergleich deutlich in Rückstand geraten. Insbesondere bei plattformbasierten Geschäftsmodellen sind Unternehmen aus den USA oder Asien führend. Diese Entwicklung kann auf insgesamt wenig innovationsfreundliche Rahmenbedingungen, einen erschwerten Zugang zu (Wagnis-)Kapital sowie einen schleppenden Ausbau der digitalen Infrastruktur zurückgeführt werden. Anstatt hierzulande eine Verbesserung der Rahmenbedingungen herbeizuführen, wird auf politischer Ebene lieber eine noch striktere Regulierung digitaler Unternehmen forciert. Dabei gibt der deutsche Staat bei der Digitalisierung selbst ein Bild chronischen Stillstands ab und scheitert an selbstgesteckten Zielen. Vor allem die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist unzureichend. Daran konnte auch das Onlinezugangsgesetz (OZG), das eine Überführung sämtlicher Verwaltungsdienstleistungen in ein digitales Format vorsah, nur wenig ändern. Von insgesamt 575 Verwaltungsleistungen sind bislang lediglich 176 – also rund 30 Prozent – digital verfügbar. Damit reiht sich das OZG in die Liste gescheiterter digitalpolitischer Maßnahmen ein. Kein Wunder, dass Deutschland bei der Verfügbarkeit von Angeboten im E-Government im europäischen Vergleich schwach abschneidet. Das Scheitern kann in erster Linie auf kaum nachvollziehbare und unklare Kompetenzen zurückgeführt werden. Während sich der Bund, die Bundesländer und die Kommunen im Chaos behördlicher Zuständigkeiten in eigenen Digitalisierungsstrategien verwirklichen und dafür unzählige Stäbe und Beratergremien einsetzen, fehlen gemein-

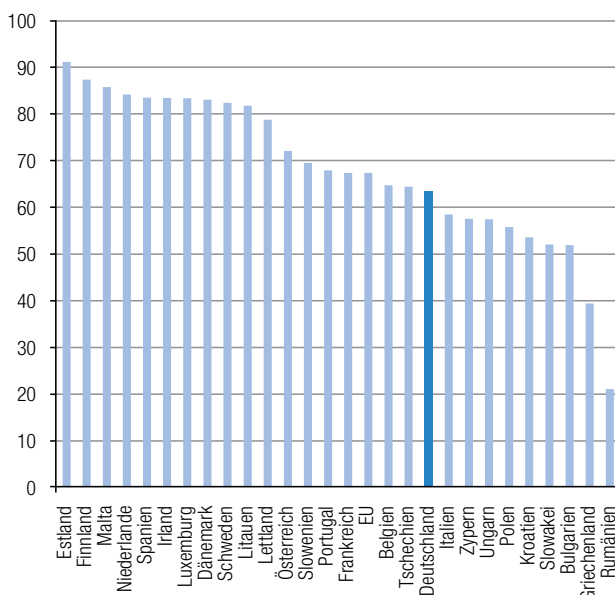
same Standards und technologische Schnittstellen, die für einen funktionsfähigen digitalen Staat notwendig wären. Das Ergebnis sind digitale Sackgassen, deren Auswirkungen Unternehmen und Bürger durch redundante Datenabfrage in Papierform zu spüren bekommen. Ein im digitalen Zeitalter leistungsfähiger Staat sieht anders aus!

Auch auf dem Wohnungsmarkt liegt einiges im Argen. In den vergangenen Jahren sind die Angebotsmieten – aufgrund einer steigenden Nachfrage – vor allem in den Ballungszentren angestiegen. Das effektivste Mittel, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, besteht in einer Ausweitung des verfügbaren Wohnraumangebots. Um dies zu erreichen, wurde nicht nur das politische Ziel von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr ausgegeben, sondern eigens ein Bauministerium gegründet. Die politischen Vorgaben wurden bislang jedoch weit verfehlt. Die Zahl der Baugenehmigungen und der fertiggestellten Wohnungen liegt deutlich unterhalb der selbstgesteckten Zielmarke. Am aktuellen Rand zeigen sich zudem die Auswirkungen der Zinswende und struktureller Probleme in der Bauwirtschaft infolge steigender Preise und eines zunehmenden Fachkräftemangels. Daneben wird die Bautätigkeit durch eine Fülle regulatorischer Vorschriften ausgebremst. Weniger bürokratische Auflagen sind somit eine wesentliche Stellschraube zur Ausweitung des Wohnraumangebots, wohingegen staatlich verordnete Mietpreisbremsen und -deckel der falsche Weg sind und den gegenteiligen Effekt mit sich bringen.

E-Government im europäischen Vergleich: Deutschland abgeschlagen

DESI-Periode 2023. Gewichteter Index (Werte zwischen 0 und 100).

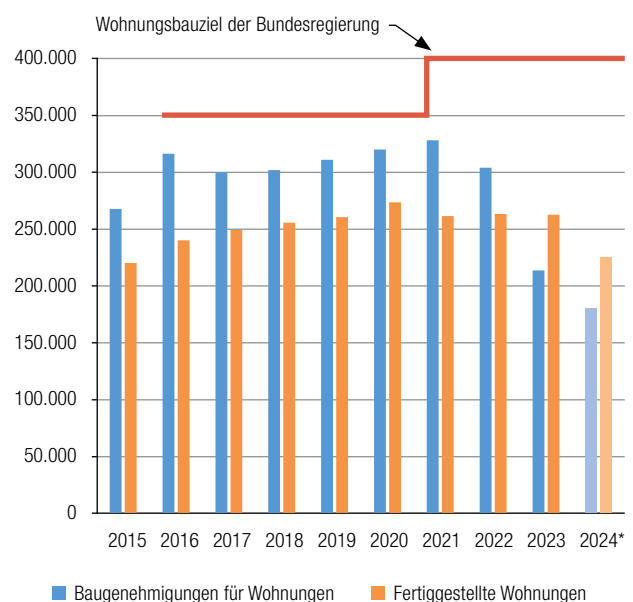
Quelle: Europäische Kommission (2023).



Ziele der Wohnungsbaupolitik werden weit verfehlt

*2024: Prognose

Quelle: Statistisches Bundesamt (2024).



Öffentliche Verwaltung: Überregulierung, Überfrachtung, Überforderung

Deutschland hat ein Bürokratieproblem. Bei unternehmerischen Investitionen, dem Ausbau erneuerbarer Energien oder der Sanierung maroder Straßen und Schienen zeigt sich: Das Land erstickt an bürokratischen Vorschriften. Planungs- und Genehmigungsverfahren, die sich in vielen Fällen über mehrere Jahre oder Jahrzehnte erstrecken, sind nur die Spitze des Eisbergs und Sinnbild des staatlich herbeigeführten Stillstands. Zwar ist die Problematik einer zunehmenden Bürokratisierung nicht neu, gleichwohl bleibt der Regulierungseifer in Berlin und Brüssel ungebrochen, wie das Lieferkettengesetz, die EU-Taxonomie oder das nicht weniger umstrittene Heizungsgesetz zeigen. Sie tragen zu einem erheblichen bürokratischen Mehraufwand für Unternehmen und Bürger bei, während Praxis-tauglichkeit und Verhältnismäßigkeit in Zweifel zu ziehen sind. Doch auch abseits prominenter Beispiele nimmt die Regulierungsdichte hierzulande unvermindert zu. Allein im Bundesrecht gab es zuletzt mehr als 96.000 Einzelnormen aus Gesetzen und Verordnungen, was einem Anstieg von mehr als 20 Prozent im Vergleich zum Jahr 2010 entspricht.

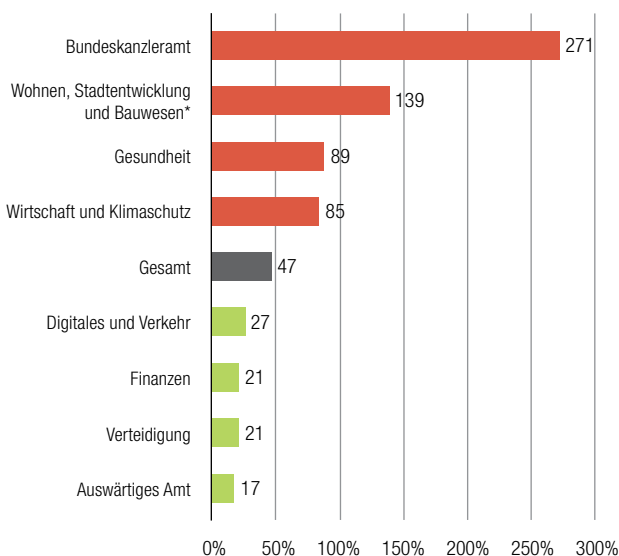
Zwar wird seitens politisch Handelnder regelmäßig die Bedeutung einer Entbürokratisierung betont. In der Praxis haben die ergriffenen Maßnahmen jedoch keine spürbare Wirkung entfaltet. Die bisherigen Bürokratieentlastungsgesetze waren gut gemeint, stellten aber letztlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein dar. Zu oft wurden Entlastungen innerhalb kürzester Zeit durch neue Vorschriften aufgezehrt. Auch die als Bürokratie-

bremse angedachte „One in, one out“-Regelung hat sich in ihrer jetzigen Form als wenig wirksam herausgestellt und konnte aufgrund zu vieler Ausnahmen nur unwesentlich zu einer Begrenzung der Bürokratiekosten beitragen. Vor diesem Hintergrund steigt der Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft – wenig verwunderlich – kontinuierlich an, wobei in der aktuellen Legislaturperiode eine Verschärfung dieser Entwicklung zu beobachten ist. Der ungebremsste Anstieg der Bürokratiekosten ist ein erheblicher Standortnachteil und wirkt wie eine dauerhaft gezogene Bremse: Die unternehmerische Freiheit wird zusehends eingeschränkt und der Spielraum für Innovationen und Investitionen geht verloren, da ohnehin knappe Ressourcen zur Umsetzung und Einhaltung bürokratischer Erfordernisse gebunden werden. Kleine und mittlere Unternehmen sind davon überproportional betroffen. Gleichzeitig tendiert der öffentliche Verwaltungsapparat – wie am Beispiel der Ministerialbürokratie auf Bundesebene deutlich wird – zur Selbstmehrung. Ursächlich ist ein sich selbstverstärkender Kreislauf, der zur Folge hat, dass infolge vermeintlich neuer Aufgaben- und Tätigkeitsfelder stetig neue Regulierungsfelder erschlossen werden, die wiederum als willkommene Begründung für einen erhöhten Personalbedarf dienen. Ein Trend, der seit rund einem Jahrzehnt vor allem in den obersten Besoldungsgruppen der Bundesministerien zu beobachten ist. Das Interesse der öffentlichen Verwaltung an einer wirkungsvollen Deregulierung und Entbürokratisierung, die im Zweifel auch die eigenen Zuständigkeitsbereiche umfasst, fällt dementsprechend gering aus.

Ministerialbürokratie des Bundes immer stärker aufgebläht

Veränderung der Anzahl der Planstellen für Beamte zwischen 2013 und 2024 in Prozent. *Im Vergleich zu 2022

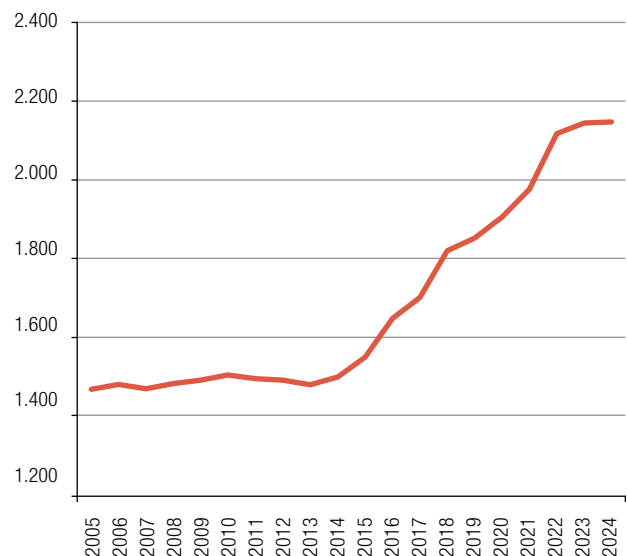
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Bundeshaushaltspläne 2013-2024.



Starker Stellenzuwachs in den höchsten Besoldungsgruppen

Entwicklung der Planstellen für Beamte der Bundesministerien in der Besoldungsordnung B.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Bundeshaushaltspläne 2005-2024.



Staatsaufbau: Organisierte Verantwortungslosigkeit?

Die Länder waren zuerst da. Der Föderalismus, kommunale Selbstverwaltung eingeschlossen, wurde aus gutem Grund konstitutiver Bestandteil des Grundgesetzes. Über Jahrzehnte stand er für Einheit in Vielfalt, für frische Ideen und neue Köpfe. Er war Kraftquelle und Motor auch für Wirtschaft und Wohlstand, fand eine gute Balance zwischen Wettbewerb und Differenzierung auf der einen und einer gewissen Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse auf der anderen Seite.

75 Jahre später erscheint der Föderalismus oft eher als Bremse und Hindernis. Dass Deutschland zu einem Bürokratie-Moloch verkommen ist, liegt auch daran, dass sich Apparate nicht nur in Brüssel und Berlin (Bund) verhaken, sondern ebenso 16 Bundesländer sich bei der Regulierung zu überbieten scheinen. Über Jahrzehnte verlagerten sich Gestaltungsmöglichkeiten auf die Bundesebene, wurde zwischen den Ländern der Wettbewerbsgedanke schwächer und Konsensföderalismus stärker. Leider bestimmt in Geleitzügen der Langsamste das Tempo, zusammen mit nicht mehr überschaubarer Verflechtung, z.B. mit Bund-Länder-Mischfinanzierungen, ein Grund für manchen Stillstand. Kaum jemand überblickt noch das Dickicht an Steuerzahlungen und Finanzströmen.

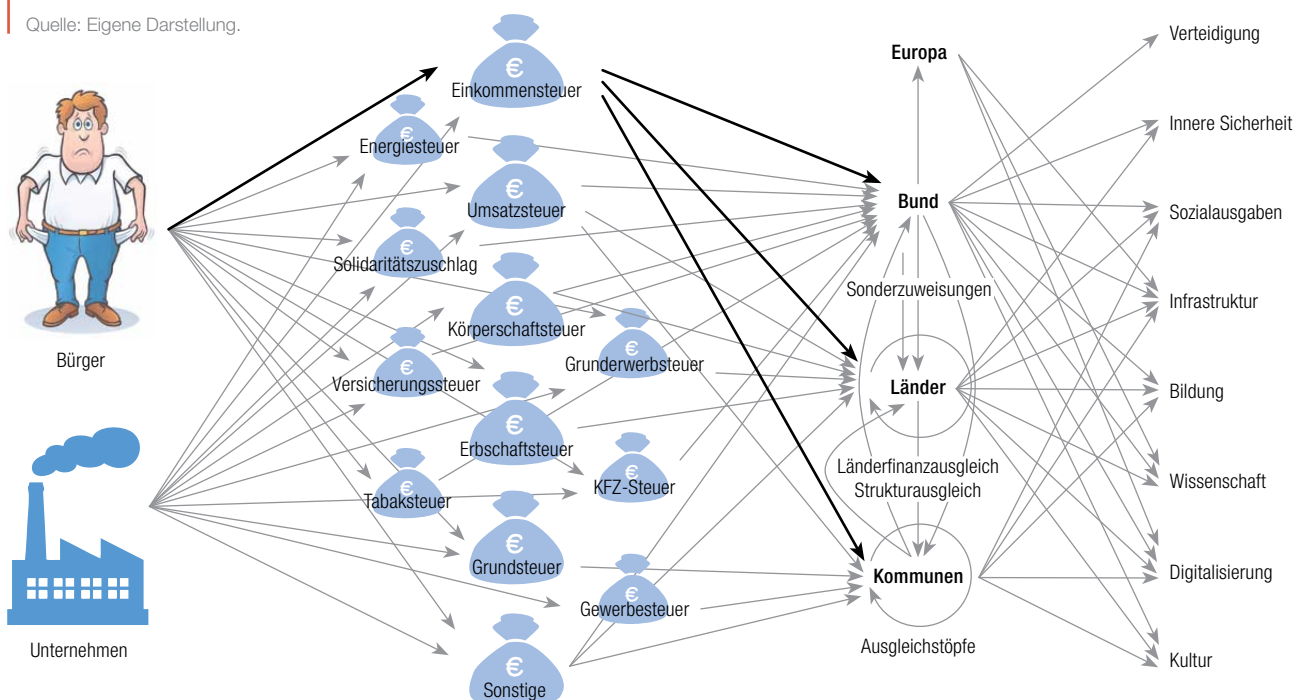
Landespolitiker ließen sich einen „goldenen Zügel“ anlegen: Weniger eigene Entscheidungsbefugnisse, aber auch weniger Verantwortung und vor allem: Mehr Geld. Der Anteil der Länder am Steuergesamtaufkommen, 1960 noch unter 30 Prozent, lag

schon 2020 bei fast 43 Prozent. Eine solide Vorsorge für unausweichlich anfallende Beamtenpensionen findet aber immer noch nicht statt. Für die Kommunen hat sich kaum etwas geändert, der Bund zusätzlich noch Steueraufkommen an Europa abgegeben. Sein Anteil verringerte sich von 53 Prozent 1960 auf 38 Prozent im Jahr 2020.

Inzwischen ist mit dem Mangel an Transparenz auch ein Demokratiedefizit zutage getreten: Landes-, oft auch Kommunalpolitiker zeigen mit dem Finger auf Berlin und beklagen sich über neue Aufgaben, denen keine neuen oder nur befristete Bundeshilfen gegenüberstünden, ob es um den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, Kitas oder den Digitalpakt Schule geht. Im Bund klagt man über den eher blockierenden als mitgestaltenden Bundesrat, samt neuer Unübersichtlichkeit, und über kraftvolle 16:0-Beschlüsse von Länderministerkonferenzen zu Lasten Dritter. Vorherige Absprachen und Gegengeschäfte vergessen beide Seiten gerne einmal. Am Ende zahlen alle für alles, hat keiner den Überblick, jeder eine Ausrede und niemand die Verantwortung. Kommunalwahlen sind zunehmend Geisterstunden gähnender Leere in den Urnen und Landtagswahlen verkommen zu Denktzettelterminen, weil nur wenige wissen, was in den Parlamenten eigentlich entschieden wird und was es mit ihnen zu tun hat. Eine für jeden Steuerzahler im Steuerbescheid sichtbare Aufschlüsselung seiner Steuerleistungen an Bund, Land oder Wohnsitzkommune könnte schon helfen, ein Hebesatz darauf dezentrale Handlungsoptionen stärken.

Steuerzahlungen und Finanzströme: Intransparenz mit Methode – Alle zahlen für alles, keiner hat den Überblick, jeder eine Ausrede und niemand die Verantwortung

Quelle: Eigene Darstellung.



Stattdessen wurde die Nivellierung vorangetrieben, kommen weder Aufgaben- und Ausgabenverantwortung noch das Entstehen für Einnahmen wie Ausgaben zusammen. Kommunale Ausgleichstöpfe, Risikostrukturausgleich der Krankenkassen, Bundesergänzungszuweisungen, auch für Forschung (absurderweise bei erwiesenem Misserfolg) oder „politische Führung“ (leider ebenfalls erfolgsunabhängig). Und alles findet rein exekutiv und eher in Hinterzimmern statt. Föderale Handlungsfähigkeit zeigt sich besonders beim Länderfinanzausgleich und dessen seit 2020 wirksamer „Reform“: Eigentlich hätten die Länder in der Lage sein müssen, ihre Solidarität untereinander selbst zu regeln. Aber es ging nicht ohne den Bund, der mit ein paar Milliarden Umsatzsteuermehrbeteiligung eine Einigung ermöglichte, die dann alle 16 kassenmäßig zu Gewinnern machte und den Föderalismus zum Verlierer. Die Bürger ebenfalls, denn sie können nach der Verschleierung der Verteilung über die Umsatzsteuer in den Landeshaushalten nicht mehr erkennen, wer Nehmer und wer Geber ist. Auch da bleibt alles beim Alten, in Bremen (erhält seit 2020 die mit Abstand höchsten Mehreinnahmen pro Einwohner) sowieso. Damit ist auf Landesebene erreicht, was auch viele Bürger betrifft: Anstrengung und z.B. zusätzliche Steuereinnahmen lohnen sich kaum, weil fast 100 Prozent in der Verteilungsmaschinerie landen.

Die Schwächen in der Praxis unseres eigentlich weisen Staatsaufbaus zeigten sich unter dem Brennglas Corona mit einem weiteren Tiefpunkt. Manches mag zwar verziehen sein, aber

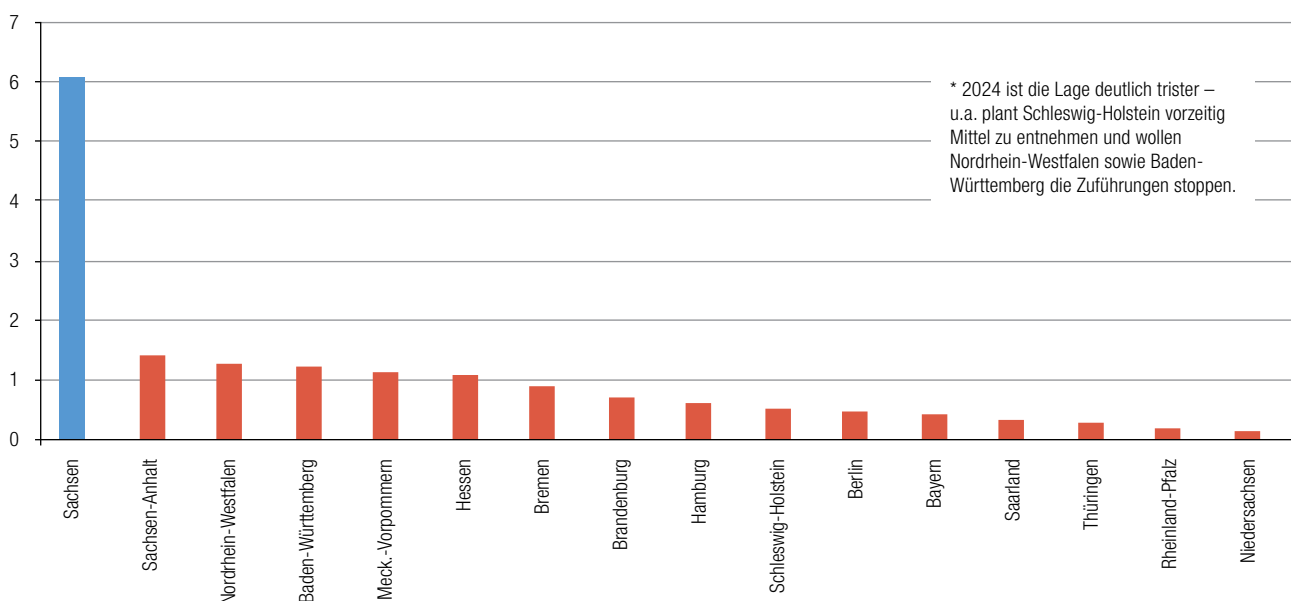
nicht alles vergessen. Oft genug war von „Staatsversagen“ die Rede: Große Ankündigungen, zögerliche, aber immer teure Taten, wie Novemberhilfen 2020, die dann von März bis Mai 2021 flossen. Dazu Landesregierungen, die im Sommer 2021 nach der ersten Welle von Reiserückkehrern und dem Beginn eines Schuljahrs überrascht wurden. Ein dysfunktionaler Staat, der Grundrechte stark einschränkte und mit Geld um sich warf, aber trotzdem in vielen Fällen seine Bürger nicht zu schützen vermochte. Auch, weil man erst beim Erfassen, Nachverfolgen, Sequenzieren, dann beim Testen und schließlich beim Impfen anderen Nationen hinterherhinkte.

Und sollte eine Stärke des föderalen Wettbewerbs nicht die Möglichkeit sein, auf lokaler oder regionaler Ebene Neues zu wagen und im Erfolgsfall auszurollen oder mit nur begrenztem Schaden zu beenden? Waren nicht die Oberbürgermeister von Jena, Tübingen oder Rostock während der Pandemie mit guten Ideen und beherzt vorangegangen? Als aber in der Öffentlichkeit Klagen über den „Flickenteppich“ begannen und selbst unterschiedliche Öffnungszeiten von Baumärkten in Berlin und im Saarland als Problem diskutiert wurden, verteidigten Landespolitiker nicht föderale Vielfalt, sondern stimmten der Bundesnotbremse zu. Zentralistischer organisierte Demokratien kamen nicht zwingend besser durch die Pandemie – aber viele haben mehr daraus gelernt und in der Krise manche Chance gesehen. Deutschland hat mit Bazooka und Doppelwumms vor allem strukturkonservierend gerettet.

Mehr Geld, weniger Vorsorge? Anzahl der Jahre, in denen die Versorgungsausgaben der Länder durch Pensionsfonds gedeckt sind

Stand 2020*

Quelle: Eigene Berechnungen.



Bilanz und Ausblick

Deutschland ist ein fantastisches Land. 75 Jahre Grundgesetz stehen für Freiheit, Menschenwürde, eine stabile Demokratie und einen sicheren Rechtsstaat. Dazu leben wir, auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft, in einem der wohlhabendsten Länder der Erde. Diese Prosperität kommt breiten Schichten zugute, sorgt für ein hohes Maß an sozialem Frieden und ermöglicht einen fast beispiellos ausgebauten Sozialstaat. Deutschland verfügt über eine unbestechliche, kompetente Verwaltung. Es lebt gut auch dank herausragender, ideenreicher Unternehmer und einer dezentralen Wirtschaftsstruktur und Industrielandschaft, aus der international erfolgreiche Großunternehmen sowie mittelständische „Hidden Champions“ als Leuchttürme ragen und die in der Breite von kleinen und mittleren Betrieben, von Innovationsfähigkeit und Exportorientierung profitiert. Nicht zuletzt entscheidend ist das Engagement gut ausgebildeter, fleißiger Arbeitnehmer.

Seit einigen Jahren ist Deutschland aber auch ein fantasierendes Land. Unsere verbreitete Selbstwahrnehmung stimmt mit – realistischerer – Fremdwahrnehmung wenig überein: Jenseits der Grenzen schwärmt kaum noch jemand von Tarifautonomie, dualer Ausbildung, dem Föderalismus, Organisationsfähigkeit und anderen „deutschen Tugenden“. Energiewende, Infrastruktur, Regulierung, Innovationsfähigkeit und Bildung dienen nicht mehr als Vor-, sondern zusehends als Schreckensbilder. Nur die Sozialsysteme erfahren im Ausland noch eine – nicht unproblematische – Art Zuspruch bzw. Anziehung.

Dabei gibt es immer noch hoffnungsvolle Innovationen, zukunftsweisendes unternehmerisches Handeln und Millionen vorbildliche Arbeitnehmer. Aber der große Trend weist nach unten: Die Bereitschaft zu Leistung und Veränderung geht schon länger zurück. Eingeforderte staatliche Fürsorge und Subventionen sowie die Rufe nach Vollkasko, Sicherheit und Besitzstandswahrung nehmen in unserer alternden Gesellschaft hingegen zu. Soziale Marktwirtschaft wird vor allem in Sonntagsreden „praktiziert“ und von Rosinenpickern als Selbstbedienungsladen missbraucht, Leistungsgerechtigkeit verhöhnt, Chancengerechtigkeit nicht ernst genommen und Verteilungsgerechtigkeit überstrapaziert. Klientelpolitik kommt vor Zukunftsinvestitionen. Und weil wir nicht nur unsere langjährigen Erfolgsrezepte missachten und die Demografie ignorieren, sondern überall an Wettbewerbsfähigkeit verloren haben, ist nun offensichtlich, was viele lange nicht wahrhaben wollten: Seit 2014 geht es bergab, erst langsam, dann zwischenzeitlich mit Geld verdeckt in der Corona-Krise, 2024 leider schneller. Die Konjunkturkrise kommt zur bzw. aus der strukturellen Schwäche. Ja, die Pandemie und die Folgen des russischen Angriffskrieges haben auch Deutschland getroffen – aber andere Länder in Europa genauso oder stärker, gleichwohl wachsen diese mehr.

Es ist Zeit, in Deutschland wieder mehr an die Zukunft und nicht nur im „Weiter-so“-Modus an die Verlängerung der Gegenwart zu denken oder gar Nostalgie zu pflegen. Es droht der (weitere)

Abstieg mit der Folge substantieller Wohlstandsverluste. Nun ist oft zu hören, Wirtschaftspolitik sei Psychologie und man dürfe den Standort nicht „schlechtreden“. Jede Regierung hat gute Gründe, ihre Bemühungen und Erschwernisse herauszustellen sowie Beispielhaftes zu loben. Gut reden gehört zur Jobbeschreibung insbesondere eines Regierungschefs. Aber Schönreden gepaart mit Untätigkeit in zukunftsgestaltender Sache und sogar der Verstärkung von Fehlentwicklungen kann sich das Land nach über 15 Jahren ohne zukunftsweisende Strukturreformen nicht mehr leisten.

Die Grundstruktur für diese Publikation entstand schon 2021, am Ende von acht bräsigen Jahren der Großen Koalition. Dann wollte eine neue Regierung „mehr Fortschritt wagen“ und die Stiftung Marktwirtschaft diesen erst einmal wirken lassen. Nach 1000 Tagen mussten nun die schlechten Zahlen leider gegen noch schlechtere ausgetauscht werden – und müssen die Fakten „auf den Punkt“: Gute Laune ist schön und gefälliger – aber offensichtlich sorgt nur schlechte Laune für das kritische Bewusstsein und die kreative Unruhe, die notwendig sind, um aus dem selbstzufriedenen Status quo auszubrechen und in Deutschland Wohlstand und soziale Sicherheit zu behaupten, dabei fiskalische und ökologische Nachhaltigkeit und so auch Generationengerechtigkeit erreichen zu können. Wir brauchen

- eine Steuer-Strukturreform mit Entlastungen insbesondere von Bürokratie,
- Leistungsanreize und mehr Aktivierung anstelle von Ruhigstellung in der sozialen Sicherung,
- Energie- und Klimapolitik, die auf Technologieoffenheit und Marktinstrumente setzen,
- eine Belebung des Föderalismus durch Wettbewerb und Transparenz,
- mehr Ehrlichkeit bei den Schulden und neue Ansätze beim Öffentlichen Haushalten,
- hohe Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung,
- strukturelle Veränderungen und Freiraum für wirtschaftliches Handeln statt staatlicher Konjunkturspritzen, Subventionen und überbordender Bürokratie,
- ein Europa der Vielfalt und des Wettbewerbs, nicht der Regulierung und Nivellierung.

Deutschland kann so vieles besser und hat ähnliche Herausforderungen Anfang der 1980er und 2000er Jahre gemeistert. Es gibt Gründe zur Zuversicht und Optimismus ist Pflicht, wirkt aber nicht im Schlafwagen. Wollen und mehr tun müssen wir schon!

